

# Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Drag II., Kofápanka 18. • Telefon: 26795, 31499. • (Kocherstation): 26797 • DeMofedaml: 57544

11. Jahrgang.

Donnerstag, 10. September 1931

Nr. 211.

## Der Gegenbesuch in Berlin.

Besprechungen zwischen Briand und Curtius.  
Genf, 9. September. (Wolffbüro.) In letzter Zeit sind verschiedentlich Gerüchte über eine Verschiebung oder Verlegung des Berliner Besuchs der französischen Staatsmänner aufgetaucht. Demgegenüber wird von unterrichteter Seite festgestellt, daß derartige Gerüchte jeder Begründung entbehren. An den bisherigen Dispositionen, wonach der Besuch am 26. d. M. in Berlin stattfinden soll, hat sich nichts geändert.

Genf, 9. September. Der französische Außenminister Briand stattete gestern Abend dem deutschen Außenminister Dr. Curtius am Eise der deutschen Delegation einen Besuch ab. Der Besuch stellt die erste eingehende persönliche Sichtungnahme zwischen den beiden Staatsmännern dar, da Briand erst am Sonntag Abend in Genf eingetroffen ist. Die Unterredung betraf — den Genfer Berichterstatter der Pariser Märier zufolge — die Vorbereitungen zu der bevorstehenden Berliner Reise des französischen Ministerpräsidenten und des französischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten.

## Wird Curtius dann noch im Amt sein?

Berlin, 9. September. (Eigenbericht.) Die Ministertage des Dr. Curtius scheinen ihrem Ende zuzugange. Seine eigene Reichstagsfraktion, die der deutschen Volkspartei, berät nun schon seit zwei Tagen über die Außenpolitik. Sie wird wahrscheinlich keine Entschlieung fassen, aber ihren reaktionären Führer Dingeldey beauftragen, mit Curtius und dem Reichskanzler Rücksprache zu halten. Da die Mehrheit der Fraktion gegen eine weitere Ministerchaft ihres Mitgliedes Dr. Curtius ist, wird diese Rücksprache wohl dementsprechend ausfallen.

## Lujo Brentano gestorben.

Berlin, 9. September. (Eigenbericht.) Die deutsche Wissenschaft hat einen ihrer Größten verloren: Lujo Brentano, der berühmte Volkswirtschaftler, Lehrmeister von Generationen und ein unentwegt fortschrittlicher Geist, ist im 87. Lebensjahr zu München gestorben, wo er jahrelang an der Universität gewirkt hat. Vor kurzem hatte er ein Blasenleiden gut überstanden und zeigte wieder alle Anzeichen vollkommener Genesung. Sein Tod ist heute ganz überraschend gekommen.

Lujo Brentano wurde am 18. Dezember 1844 in Alshausen geboren, studierte Nationalökonomie und hobilitierte sich 1871 als Privatdozent in Berlin, wurde aber schon 1872 außerordentlicher und 1875 ordentlicher Professor der Nationalökonomie in Breslau; nach kurzer Zeit in Straßburg, Wien und Leipzig folgte er 1891 einer weiteren Berufung nach München, wo er lehrer ununterbrochen lehrte und eine, allerdings vielfach auch angefochtene Schule unter den Nationalökonomien gemacht hat, bis er während des Krieges von seinem Lehramt zurücktrat. Brentano war der bekannteste Verfasser der Freihandelslehre und ist in zahlreichen Schriften für sie eingetreten, ebenso für eine lebhaft Sozialpolitik.

## Wilfas wieder Präsidentschaftskandidat.

Seipel im Parteirat knapp unterlegen.

Wien, 9. September. (Eigenbericht.) Der christlichsoziale Parteirat faßte heute mit schwacher Mehrheit den Beschluß, den derzeitigen Bundespräsidenten Wilfas als Kandidaten für die zum 18. Oktober auszuführende Wahl des Bundespräsidenten aufzustellen. Zugleich wurde beschlossen, auf der verfassungsmäßig festgelegten Wahl durch das Volk zu bestehen. Eine starke Minderheit hat sich für Seipel ausgesprochen, für den sich übrigens am Vormittag auch die Heimwehrführer beim Obmann der christlichsozialen Partei Saugoin eingesetzt haben sollen.

Vorher hatten die Christlichsozialen mit den beiden anderen bürgerlichen Parteien verhandelt, um einen gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten zu nominieren. Der Landbund hatte es abgelehnt, für Wilfas zu stimmen, während die Großdeutschen erklärten, daß ihnen Burejch oder Ender genehmere Kandidaten wären. Seipel hatten beide Parteien abgelehnt. Erst daraufhin wurde im christlichsozialen Parteirat die Debatte abgefaßt, die sehr stürmisch gewesen sein soll. Wie es heißt, wurde Wilfas nur mit fünf Stimmen Mehrheit aufgestellt.

## Oesterreichs Anleihegesuch vor dem Völkerbund.

Frankreich für eine hochnotpeinliche Unterfuchung.

Genf, 9. September. Das Finanzkomitee des Völkerbundes befahte sich heute mit dem Ansuchen Oesterreichs um eine finanzielle Hilfe. Das Komitee nahm den Bericht des Vertreters des Generalsekretärs Avenol, entgegen, der bekanntlich in Wien weilte und heute das in dieser Angelegenheit vom Völkerbundssekretariat ausgearbeitete Memorandum mündlich ergänzte. Einen weiteren Bericht erstattet der holländische Vertreter bei der österreichischen Nationalbank Prof. Bruins. Hierauf wurden die ständigen Vertreter Oesterreichs in Genf Baron Plügl und der ehemalige österreichische Finanzminister Dr. Juch ins Komitee berufen.

Das Komitee befahte sich bei der Prüfung der österreichischen Finanzlage von verschiedenen Gesichtspunkten aus mit den Budgets, mit der Lage der Staatskasse sowie mit der Fesselbank und der Kreditanstalt. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen.

Paris, 9. September. Die Havas-Agentur meldet aus Genf, daß entgegen den veröffentlichten Nachrichten es nicht richtig sei, daß Oesterreich sofort ein neuer Kredit eröffnen werde. Jeder zusätzliche Kredit an Oesterreich

hänge von dem Ergebnis der Enquete ab, die demnächst an Ort und Stelle unter Leitung des Generalsekretärs des Völkerbundes Avenol über die österreichischen Finanzen stattfinden werde. Der Havas-Vertreter unterstreicht, zu der Erklärung autorisiert zu sein, daß der französische Finanzminister im Laufe der gegenwärtigen Völkerbundstagung keine Kreditverpflichtungen gegenüber irgend einem Staate übernommen habe.

## 250 Millionen Schilling nötig?

Paris, 9. September. Den Börseblättern zufolge, beträgt die Summe der Anleihen, an welche Oesterreich den Völkerbund dringend ersucht hat, 250 Millionen Schilling, d. i. etwa 1200 Millionen Ks. Sieben haben französische Banken bereits 50 Millionen zur Verfügung gestellt, damit Oesterreich die kurzfristige Anleihe bei der Bank von England bezahlen kann. Den Rest von 200 Millionen Schilling wird Oesterreich unverzüglich den holländischen Banken bezahlen müssen, die Oesterreich bei dem Zusammenbruch der Kreditanstalt gleichfalls eine kurzfristige Anleihe gewährten.

## „Ein Torpedo“.

Rückstimmung in Paris über die Rede Grandis.

Paris, 9. September. Die gestrige Rede des italienischen Außenministers Grandis in Genf findet in der französischen Presse große Beachtung. Einheitslich wird die Gemeinamkeit der italienischen These in der Abrüstungsfrage mit der angelsächsischen festgestellt, wie auch der Gegensatz zum französischen Standpunkt. Der Havasberichterstatler in Genf kündigt bereits an, daß Briand am Donnerstag nachmittag den Willen Frankreichs im Hinblick auf die Organisierung des Friedens präzisieren werde.

Der Außenpolitiker des „Journal“ schreibt aus Genf, der Vorschlag Grandis, mit der Weiterführung der Rüstungsprogramme bis zur Abrüstungskonferenz auszusetzen, sei ein Torpedo, der auf das französische System der Sicherheit losgelassen werde. Der italienische Minister habe einen Angriff gegen die Testenfondensabkommen unternommen, die wesentliche Elemente des französischen Sicherheitssystems seien.

## Französisches Einfuhrverbot für deutsches Holz.

Berlin, 9. September. Die französische Regierung hat Einfuhrverbote für Wein und Holz erlassen, die am 1. September in Kraft getreten sind. Durch diese beiden Einfuhrverbote wird der deutsche Holzhandel schwer geschädigt, umso mehr, als die französische Regierung eine Zusatzverordnung herausgegeben hat, wonach das deutsche Holzkontingent für das laufende Jahr als bereits erschöpft bezeichnet wird, so daß jede weitere Ausfuhr von Holz plötzlich unterbunden ist. In deutschen politischen Kreisen ist man auch aus grundsätzlichen Erwägungen von den plötzlichen Einfuhrverboten überrascht, da sie im Widerspruch zu dem deutsch-französischen Handelsvertrag stehen. Das deutsche auswärtige Amt wird mit der französischen Regierung in Verbindung treten, um die deutschen Interessen zu wahren.

## Mardonalds Mehrheit.

London, 9. September. Bei der gestrigen Abstimmung im Unterhaus setzte sich die Regierungsmehrheit zusammen aus den Konservativen, den Liberalen sowie drei Unabhängigen, ferner den sieben sozialistischen Ministern und fünf sozialistischen Unterhausmitgliedern. Drei Sozialisten enthielten sich der Stimmabgabe.

Gegen die Regierung stimmten die Arbeiterpartei, mit den erwähnten 15 Ausnahmen, außerdem drei Unabhängige, darunter Baldwin's Sohn Oliver Baldwin, und die Rosley-Gruppe.

## Militarismus und Gemeindewahlen.

Die Fragen des Militarismus rücken immer mehr in den Vordergrund der Politik; insbesondere in der Außen- und in der internationalen Politik spielt das Abrüstungsproblem eine immer bedeutendere Rolle. Einer von diesen Problemen wird schon durch einen bloßen Blick auf die jetzt laufenden Verhandlungen im Völkerbund geliefert — von der selbstverständlichen Bestätigung der Wichtigkeit dieser Frage durch den Wiener internationalen Sozialistenkongreß gar nicht zu reden. Je aktueller aber eine politische Frage, desto bedeutender natürlich auch ihr Sinecipielen in jede Wahlentscheidung. Wir sind keineswegs so optimistisch, daß wir annehmen würden, der Ausfall der Gemeindewahlen könnte eine entscheidende Wendung für den tschechoslowakischen Militarismus herbeiführen; wohl aber sind wir überzeugt, daß merkliche Gradverschiebungen im militärpolitischen Winkel durch diese Wahlen herbeigeführt werden können. Eine sichtbare Stärkung der Sozialdemokratie würde zweifellos eine Schwächung des tschechoslowakischen Militarismus bedeuten und seinen allmächtigen Abbau einleiten.

Das geht aus der bisherigen Wirksamkeit der Politik der beiden sozialdemokratischen Parteien in der Regierung ohne weiteres hervor, wenn auch gerade wir das bisher auf diesem Gebiete Geleistete als in keinem Verhältnis zu dem Beforderten und unbedingt Notwendigen ansehen. Immerhin aber haben lediglich von dreihundert Abgeordneten durchgesetzt, daß die achtzig Millionen aus dem Militärbudget gestrichen wurden, die der Bürgerblut noch mit seinem letzten Atemzug an ihn verschwendet wollte; immerhin haben wir erwirkt, daß die vom Nationalverteidigungsministerium geplante Erhöhung des Rüstungsfonds fallen gelassen wurde und daß dieses Ministerium nun soweit ist, ernstlich an weitere Abstriche des Militärbudgets selber zu denken; und daß die Einführung der militärischen Erziehung — in den Jahren der Bürgerregierung stand diese Gefahr tatsächlich schon vor der Tür — durch die sozialdemokratischen Parteien verhindert wurde, ist, wenn auch scheinbar sich nur negativ ausdrückend — ein Postivum von eminent idealer und praktischer Bedeutung.

Richtsdestoweniger sagten wir, sagen es nochmals und werden es immer wieder sagen, daß uns das alles zu wenig, viel zu wenig ist. Und wenn wir in diesen Wochen mit heftigem Bemühen nach möglichst hohem Stimmenandruck für die Sozialdemokratie ringen, so vor allem auch deswegen, weil wir instandgesetzt werden wollen, instandgesetzt werden müssen, dem tschechoslowakischen Militarismus wenigstens ein paar kräftige Vorderzähne anzuzureihen. Herabsetzung der Militärausgaben und Verkürzung der militärischen Dienstzeit — diese Parolen stehen oben in unserem Wahlprogramm.

Wo aber findet die deutsche Sozialdemokratie, die im deutschen Lager nicht nur Vorkämpferin, sondern einzige Kämpferin gegen den Militarismus ist, — wo findet sie in diesem Kampfe Unterstützung? Im deutschen Lager also, wie aus dieser Feststellung hervorgeht und noch erhärtet werden soll — nirgends. Auch in dieser großen Aufgabe haben wir nur einen Partner: die tschechische Sozialdemokratie. Sie hat es in den letzten Jahren bewiesen, daß der oft zitierte Geist von Smichov auch unser Zusammenwirken auf diesem Gebiete belebt und fördert, immer stärker geht das Sehnen nach Erfüllung der grundsätzlichen Forderungen der tschechischen Genossen — Abbau der Militärausgaben und der Dienstzeit — in den Tageskampf der tschechischen Sozialdemokratie über.

Wie aber steht es um die Bürgerpartei? Die tschechische Bourgeoisie ist unver-

## USA hat 15 Milliarden im Ausland angelegt.

Washington, 9. September. (Reuters.) Nach einer vom Handelsdepartement heute veröffentlichten Statistik steht unter den Ländern, in denen amerikanisches Geld engagiert ist, Deutschland an erster und Großbritannien an zweiter Stelle. Die Vereinigten Staaten haben in Deutschland insgesamt 1540 Millionen Dollar, in Großbritannien 655 Millionen Dollar in Industrie- und anderen Unternehmungen angelegt. Die Gesamthöhe des Betrages der amerikanischen Placements im Ausland wird auf insgesamt 15 Milliarden Dollar geschätzt, wovon 4625 Millionen Dollar in Europa, 4885 Millionen Dollar auf Kanada und 3775 Millionen Dollar auf Südamerika entfallen.

## Mexico tritt dem Völkerbund bei.

New-York, 9. September. „Associated Press“ meldet aus Mexiko: Der Außenminister Cetrada teilte gestern mit, daß Mexico die Einladung zum Eintritt in den Völkerbund angenommen habe.

## Polens Standgerichte in Tätigkeit.

Warschau, 9. September. In ganz Polen wurde heute durch Maueranschlag die Einführung der Standgerichte bekanntgegeben. Im Sinne der Verordnung des letzten Ministerates treten in ganz Polen die Standgerichte am 10. September l. J. in Kraft.

## Spanien will Briefkassen gestatten.

Madrid, 9. September. Der Justizminister unterbreitete in der gestrigen Ministerratssitzung einen Gesetzesantrag, demzufolge aus dem bürgerlichen Gesetzbuch jener Absatz gestrichen werden solle, der der Geistlichkeit die Beschließung verbietet. Der Justizminister soll diesen Antrag deshalb eingebracht haben, da aus zahlreichen Kreisen des hohen Klerus ein dahingehendes ausdrückliches Ersuchen gestellt worden war. Sollte diese Streichung vom Parlamente genehmigt werden, könnten die spanischen Geistlichen rechtsgültige Ehen eingeben. Es bleibt allerdings die Frage offen, wie sich noch der Heilige Stuhl zu dieser Frage stellen wird.

## Massenverhaftungen in Barcelona.

Barcelona, 9. September. Die Polizei nahm gestern in den Wohnungen der verhafteten Anarchisten und Kommunisten Hausdurchsuchungen vor. Im ganzen wurden 227 Verhaftungen vorgenommen. Einige der Verhafteten wurden bereits auf freien Fuß gesetzt. In zahlreichen Wohnungen wurden ganze Waffen- und Munitionslager vorgefunden.

hüllt Freundin, Stütze und Förderin des Militarismus. Und die deutsche Bourgeoisie? Deutschnationale und Salenkrenzler, die, wo sie politisch mitbestimmen wie in Deutschland, vom militaristischen Gedanken geradezu leben, wirken natürlich bei uns als Hemmschuh in jedem aufrichtigen Kampf gegen den Militarismus, ihre nur nationalitätlichen Motive entsprechenden Phrasen gegen den tschechischen Militarismus wirken anreizend für den tschechischen Nationalismus und somit auch für den Militarismus. Die Agrarier aber und Christlichsozialen sind deutscherseits als die Förderer des Militarismus anzusehen, als die Schuldtragenden daran, daß in den Jahren der Bürgerblutregierung nicht nur tüchtig ausgerüstet, sondern auch die Aufrüstung in den folgenden Jahren nach Kräften gefördert wurde. Diese beiden Parteien haben mitgestimmt für die Stabilisierung des Militärbudgets in der Höhe von 1100 Millionen jährlich, sie haben für den Rüstungsfonds gestimmt, sie sind mitschuldig an der Vergrößerung des Heeresstandes, an der Einführung der Ersatzreserve, an der Bildung des Korps längerdienender Antecoffiziere, an der Verschärfung des militärischen Disziplinarrechtes, an der Abschaffung des Soldatenwahlrechtes und an der Verhinderung der Herabsetzung der Dienstzeit.

Fürwahr ein riesenhaftes Schuldkonto! So groß, daß man meinen möchte, die Herren würden in der Wahlkampagne froh sein, wenn vom Militarismus möglichst wenig gesprochen würde. Aber da ereignet sich das Groteske, ereignet sich etwas, das in einem anderen mitteleuropäischen Land oder gar in Westeuropa schlechterdings unmöglich wäre: dieselben Christlichsozialen, die blind gehoramt — Gehoramt ist des Christen Schicksal — das Volk alles für den Militarismus opfern ließen, was immer er verlangte, diese selben Christlichsozialen haben jetzt die Stimm, mit der Parole in den Wahlkampf zu geben, daß wir Sozialdemokraten den Militarismus zu wenig bekämpfen! Ja unlängst bezichtigten sie uns sogar der Demagogie, behaupteten, daß wir den Wählern etwas über kommende Abstriche am Militärbudget und über den Kampf um die Herabsetzung der Dienstzeit vorflunkerten, während wir in Wirklichkeit gewissermaßen schon einen Pakt mit den anderen Koalitionsparteien geschlossen hätten, nach dem nach den Wahlen nicht nur alles beim Alten bleiben, sondern der Zustand noch verschlechtert werden soll! Eine feine Partei, diese Christlichsozialen! Beim seligen Kueger und beim unseligen Zeipel! So schwarz in weiß und weiß in schwarz umhüllen zu wollen — das macht ihnen so rasch niemand nach! Da können nicht einmal die Kommunisten mit, die sich doch gewiß demühen, hienzu eine Berechtigung für ihren angeblichen Antimilitarismus nachzuweisen, während die russische Aufrüstung doch mitschuldig an der Bereivigung des Militarismus ist.

Die Art und Weise, wie die gerade in den Militärfragen mit schwerster Schuld beladenen Christlichsozialen frech auf Stimmen-

sang ausgehen, indem sie die Sozialdemokratie als zu wenig antimilitaristisch hinstellen, fordert, daß man ihnen überall schonungslos die Maske vom Gesicht reiht. Überall muß den Arbeitern vor Augen geführt werden, was diese Jesuiten in der Bürgerblutzeit mit ihren Stimmen gemacht, wie sie ohne mindeste Demütigung mitgeholfen haben, dem Militarismus mehr in den Rücken zu werfen, als alle vorausgegangenen rein nationaltschechischen Regierungen. Und es ist so selbstverständlich wie das Amen im Gebet, daß die Christlichsozialen, sollten sie je

## Sie laufen vor der Verantwortung davon!

### Feiges Verhalten der Christlichsozialen!

Den Christlichsozialen ist es sehr unangenehm, daß anlässlich der Gemeindevahlen die Bevölkerung wieder daran erinnert wird, daß die Christlichsozialen die Totengräber der deutschen Selbstverwaltung gewesen sind, daß sie es waren, welche der Verwaltungsreform und dem Gemeindefinanzgesetz zugestimmt haben, daß sie also schuld sind an der Knebelung der deutschen Gemeinden. Sie fangen nun in der „Deutschen Presse“ davon zu erzählen an, daß die Finanzen der Gemeinden nicht nur von einer Gesetzesnovelle, sondern auch von der allgemeinen Gestaltung der Wirtschaftslage abhängen, daß also an der Finanzkrise der Selbstverwaltung die Wirtschaftslage und nicht das Gemeindefinanzgesetz schuld seien. Gewiß leiden die Gemeinden durch den Rückgang der Umsätze, aber die finanzielle Situation der Gemeinden wäre trotz Wirtschaftskrise nicht so arg, wenn nicht

#### die Christlichsozialen im Jahre 1927 den Selbstverwaltungskörpern den Strick um den Hals zugezogen

hätten. Die schwere Wirtschaftskrise hat erst gezeigt, welche Verbrechen die Christlichsozialen begangen haben, indem sie die finanzielle Selbstständigkeit der Gemeinden rücksichtslos vernichtet haben.

Die Christlichsozialen fühlen auch die Schuld, die sie da auf sich geladen haben und erzählen in dem besagten Artikel der „Deutschen Presse“, der Finanzminister Dr. Englis habe seinerzeit darauf bestanden, daß Steuerreform und Gemeindefinanzgesetz als Ganzes angenommen wer-

wieder mitregieren, wiederum die willkürlichen Partner der Militaristen, ihnen wiederum blind alles apportieren würden. Jede christlichsoziale Stimme bedeutet — an ihr übriges Sündenregister soll hier erst gar nicht gerührt werden — erhöhte militaristische Gefahr, bedeutet erhöhtes Dinarbeiten auf einen neuen Krieg, den sie, ohne mit der Wimper zu zucken, durch ihre Pfaffen eben so segnen ließen, wie sie es im Weltkrieg getan haben.

Eine Gewähr dafür, daß es besser wird, liegt einzig und allein bei der Sozialdemokratie.

Den deutschen Christlichsozialen hätten damals Uebergangsbestimmungen verlangt, um „die Härten der Neuordnung“ (die alten Säuberbestimmungen doch ihre Schuld!) zu mildern. Der Finanzminister aber weigerte sich und so ist es „zu dem Verlagen des Systems Englis“ gekommen.

Der Zusammenbruch der Gemeindefinanzen ist nicht nur ein Verlagen des Systems Englis, sondern

#### ein Verlagen der christlichsozialen Politik

die dieses System Englis unter dem Bürgerblut möglich gemacht haben.

Noch empörender ist es, was die „Deutsche Presse“ über die Verwaltungsreform sagt: „Was die Durchführung und Praxis der Verwaltungsreform betrifft“, so wird geschrieben, „stehen den Nachteilen ebenso viele Vorteile gegenüber.“ Wo sind denn die Vorteile der Verwaltungsreform? Ist es vielleicht die Diktatur der Landespräsidenten und Bezirkspräsidenten? Ist es die Allmacht der Bürokratie? Ist es die Einflußlosigkeit der Vertreter der Bevölkerung in Ländern und Bezirken? Sind es die ernannten Mitglieder? Es würde uns interessieren auch nur einen Vorteil der Verwaltungsreform vom christlichsozialen Hauptblatt zu erfahren.

Die Bevölkerung leidet unter den Folgen der Verwaltungsreform und das nennen die Christlichsozialen „ebenso viele Vorteile wie Nachteile“. Die Bevölkerung wird aber der christlichsozialen Partei zeigen, daß den frommen Herrschaften aus den Wahlen keine Vorteile und nur Nachteile erwachsen werden!

## Das Budget des Landes Böhmen.

### Gesamtausgaben für 1932 747 Millionen.

In der gestrigen Sitzung des Landesauschusses für Böhmen legte der Finanzreferent den Voranschlag für das Jahr 1932 vor, der den Gesamtbedarf mit einem Betrag von 747,024.700 Kronen, die Bedeckung mit einem Betrage von 650,787.300 Kronen festsetzt. Der Landesauschuss beschloß, das Elaborat zunächst der Budgetkommission zur Aufklärung vorzulegen.

In den Vorbereitungen zum Voranschlag waren durch Kürzungen der Ausgabe-posten bereits 5,225.500 Kronen erspart worden. Der restliche Budgetabgang von 96,237.400 Kronen soll in der Weise gedeckt werden, daß ein Teil der Investitionen aus den Besitzwerten im Betrage von 18,770.000 Kronen, der Rest durch Darlehen im Betrage von 77,491.300 Kronen gedeckt wird.

Dadurch ist das Gleichgewicht im Landesvoranschlag unter der Voraussetzung hergestellt,

daß erstens für die Zuschüsse an die Bezirke und Gemeinden nur der in der Novelle 1930 vorgesehene Minimalbetrag von 86,184.000 Kronen ausbezahlt wird und daß alle administrativen Investitionen, die Ausgaben für die systematische Elektrifizierung und weiters die Erhöhung des Finanzanteiles der Länder an den Bauten des wasserwirtschaftlichen Fonds durch das oben erwähnte Darlehen von 77,491.300 Kronen gedeckt werden.

Ueber die Frage der Zuweisungen an die Bezirke und Gemeinden soll nach dem Gutachten der Budgetkommission noch eingehend beraten und beschlossen werden. Eine Erhöhung erfahren die Posten für Subventionen der Wasserleitungen und Meliorationen sowie der Siedenhäuser und für die Erweiterung der eigenen Wirtschaft sowie für Aufgaben, die bisher den Gemeinden und Bezirken zur Last gefallen sind.

Der Landesauschuss gab ferner seine grundsätzliche Zustimmung zur Errichtung eines Landesstraßenfonds, dessen Organisation ebenfalls noch in den Kommissionen beraten wer-

den soll. Abgelehnt wurde ein kommunistischer Antrag, den Voranschlag in einer außerordentlichen Sitzung der Landesvertretung sofort zu erledigen, da dadurch weder der Wirtschaft noch den notleidenden niederen Selbstverwaltungskörpern geholfen werden könnte.

Der Landesauschuss hat weiter u. a. zugestimmt dem Beschluß der Stadtvertretung in Reichenberg über den Abschluß einer Anleihe von 12 Millionen Kronen zum Bau einer Schulturnhalle, eines städtischen Siedenhauses, einer Fortbildungsschule und für Wasserbauten; weiter den Beschluß der Stadtvertretung in Ruzschitz wegen Abschluß einer Anleihe von elf Millionen zum Bau von Wohnhäusern und schließlich dem Beschluß der Stadtvertretung in Pilitzna über den Abschluß einer Anleihe von sieben Millionen K zur Bedeckung des ungedeckten Budgetabganges aus dem Jahre 1930.

## Eisenbahndespot, Verkehrsmonopol und die bürgerlichen Parteien.

Die Sorge um die Befestigung der Defizitwirtschaft bei den Staatsbahnen lenkte die Aufmerksamkeit nicht nur der staatlichen Behörden, sondern auch der breiten Öffentlichkeit auf das Problem des immer mehr wachsenden Autoverkehrs von Personen und Gütern. Bekanntlich klagen die Staatsbahnen darüber, daß ihnen in diesem neuen Verkehrsmittel ein erster Konkurrent entstanden sei, welcher stellenweise sogar eine Einschränkung des Zugverkehrs zur Folge habe. Das Eisenbahnministerium, welches in erster Linie berufen wäre, Abhilfe gegen diese Schädigung eines öffentlichen Unternehmens durch private Konkurrenz in die Wege zu leiten, hat sich aus naheliegenden Gründen bisher zu keinem ersten Schritt entschließen können. Da an der Spitze dieses Ministeriums ein tschechischer Gewerdeparteiler steht, welcher aus politischen Gründen Rücksicht darauf nehmen muß, daß ihm nicht der Vorwurf einer Beschränkung des privaten Unternehmertums gemacht wird, ist in absehbarer Zeit wohl auch nicht damit zu rechnen, daß die Eisenbahnverwaltung aus eigenem Antrieb den geänderten Verhältnissen entsprechend zu neuen Methoden, wie dies anderwärts geschieht, greift. Die beiden tschechischen sozialistischen Parteien haben bereits vor Monaten den Gedanken eines staatlichen Verkehrsmonopols in die Diskussion geworfen. Das einzige, wozu sich das Eisenbahnministerium bisher hat entschließen können, ist ein Antrag auf Zentralisierung aller staatlichen Verkehrsunternehmen, welche bisher drei Ministerien unterstanden (die Post, Autobusse dem Postministerium, das Flugwesen und der Verkehr zu Wasser dem Arbeitsministerium und die Eisenbahnen dem Eisenbahnministerium) in einer einzigen Stelle, und zwar dem Eisenbahnministerium.

Es ist bezeichnend für den Weltblick der bürgerlichen Parteien, daß bereits dieser wirklich nichtsichigende Antrag die tschechischen Nationaldemokraten in bestigter Opposition trieb. Ihr Hauptorgan, die „Narodni Listy“, werten dem Eisenbahnministerium vor, damit die Grundlagen zu dem staatlichen Verkehrsmonopol und zu einer wesentlichen Einschränkung der privaten Autoverkehrsunternehmen geschaffen zu werden. Der Vorsitzende der Gewerkepartei, Kaiman, hat in einer Rede auch schon erklärt, daß seine Partei, wenn es zu einem solchen Monopol kommen sollte, lieber das Eisenbahnministerium aufgeben würde.

Wie das Defizit bei den Staatsbahnen beseitigt werden soll, darüber machen sich die

#### 4. Der Lebertrantrauf.

Es gibt da, mitten in diesem für das Auge des Touristen so herrlichen, für die Lebensbedürfnisse seiner Bewohner so harten Lande eine große Stadt, Tromsø, das „Paris des Nordens“. Hier erinnern Bauhäuser, große Ladengeschäfte, Industrieanlagen, gewaltige Kohlenbunker, dahinstrasende Autos und geschäftstüchtige Hotels daran, daß auch dieses Land — dem armen Fischer an der Felsküste kaum beizumessen — in das Getriebe der kapitalistischen Welt verstrickt ist. Aus dem Ertrag der unheimlich harten Arbeit der Lofotenfischer, der Wallfischfänger, die sich noch weiter nach dem Norden in das Meer hinauswagen, ziehen die großen Fischhandelsfirmen und der norwegische Lebertrantrauf — in wütendem Konkurrenzkampf mit den Unternehmen anderer Länder — ihre überreichen Profite. 40 Prozent Dividende soll der Lebertrantrauf — trotz der durch Kapitalmangel, Abkühlung und die kanadische Konkurrenz hervorgerufenen Krise — im Jahre 1930 seinen Aktionären ausgezahlt haben. Die Politik Norwegens ist bestimmt vom Bedürfnis dieser Unternehmen nach ausländischem Kapital; eine Regierung sürzte, weil sie das fremde Geld nicht ins Land lassen wollte, und die neue Regierung kann sich doch auch des Drucks der geldgierigen Kapitalisten nicht erwehren. Ganz oben im Norden liegt Hamar, die nördlichste Stadt der Welt; Holzhäuser an kahlem Fels, kaum ein Duzend Bäume, und die stehen in den Gärten der paar eleganten Villen. Aber auch hier lassen einen die großen Schuppen und Lagerhäuser am Hafen, die langen Reiben von Transiedereien, die ausgedehnten Fischtrodenanlagen nicht vergessen, daß der Kapitalismus es verstanden hat, die unwirtlichsten Felsenküsten, die eisgekrönten Fjorde, dieses ganze, Europa so ferne scheinende Land seinen Interessen nutzbar zu machen.

(Fortsetzung folgt.)

## Kapitalismus im hohen Norden.

Karla Schwelb.

### 1. Hafensstadt und Vadeort.

Dem hohen Norden gehört ja eigentlich auch schon die Ziegen-Hügel-Stadt Bergen an, oder das in blühende Gärten gebettete Vadeort, denn sie liegen beide noch etwas nördlicher als die Südspitze von Grönland, und unser schnelles Motorschiff hat fast zwei Tage gebraucht, um uns von Hamburg hierher zu bringen. In schon geschwungenem Halbmond baut sich Bergen an den bewaldeten Hängen von sieben hohen Berggipfeln auf, und erst dreihundert Meter über der Stadt, über malerischen Sanftabauern, über belebten Geschäftstrahen, über einem von geschäftlichem Leben erfüllten Fischmarkt, über dem bunten Gewirr des Hafens fängt die Wildnis des Hochgebirges an, mit Mooren, Seen, fahlem Reis und verstrüppelten Kliefen. Und Kolde: es liegt tief drinnen im Moldeffjord, in dessen klarem Wasser sich veralgeltete Bergspitzen spiegeln. Obwohl es noch fast eine Tagereise nördlicher liegt als Bergen, sind die Gärten lunt von blühenden Rosensträußern, von hohen Fingerhutstauden, von Goldblat und großblütigen Anemonen; und helle Föhrenwälder und blumige Ammweiden streizen hinter den vornehmen stillen Villen reicher Geschäftseute an den Berggipfeln hinan. Auch dies hier — die geschäftige Hafensstadt und der lachende Vadeort — sind schon Kapitalismus im hohen Norden; nur läßt einen das Wunder der üppigen Vegetation — von der Einwirkung des Golfstroms hervorgezaubert — die geographische Breite vergessen.

### 2. Am Polarkreis.

Aber auf der Weiterfahrt wird das Bild bald anderes. Schon der südliche Teil der norwegischen Küste ist in seinem Wirtschaftsleben

stark vom Fisch beeinflusst. Nun kommen wir in ein Gebiet, das fast ganz vom Meer und seinem Reichtum abhängig ist. Nur etwa drei Prozent der Gesamtbevölkerung Norwegens sind landwirtschaftlich nutzbar, ein Viertel ist von Wäldern bedeckt — aber Felder und Wälder mit den von ihnen abhängigen Erwerbswegen finden sich vorwiegend im südlichen, dichter besiedelten Teile des Landes. Hier oben, in der Nähe und jenseits des Polarkreises scheint dem Besucher schon Geltung zu haben, was mein Führer durch Norwegen erst für die Provinz nordwärts von Hammerfest sagt:

Wald, zerflüht, kahl, in bizarren Formen ragt hier das Gebirge aus der Wasserflut: an der Festlandsküste Ketten um Ketten, ineinander, durcheinander, übereinander geschoben und getürmt; gewaltiger Felsblock. Nur an wenigen Stellen schiebt sich im Halbmond eine kleine ebene Fläche in das Felsgewirr; und da sieht man dann ein paar winzige table, blutrot angefarbene Holzhäuschen in ärmlichen Gärten oder Wiesen stehen, eine Holzstube, eine Schule.

Wo sich die Häuser zu einer größeren Siedlung verdichten, da ist auch immer ein riesiges Krankenhaus da, und ein überraschend großes Schulgebäude. Die Krankenhäuser, besonders die Tuberkulosepavillons, haben guten Zuspruch; denn hier wütet die Tuberkulose ärger als in den ärgersten Gegendvierteln der europäischen Großstädte. — Die Schulen — neben Volksschulen, auch Spezialschulen und Erwachsenen-schulen — sind außerordentlich zahlreich; in dem winzigen Städtchen Gidsöf, eine Tagereise jenseits des Polarkreises, steht ein weißes Proaktgebäude aus Stein — die Landwirtschaftsschule. Das Volksschulwesen ist, wenn man die geographischen Schwierigkeiten in Betracht zieht, vorbildlich ausgebaut; angeblich gibt es auch in diesem dünn besiedelten Gebiet — 3 bis 4 Menschen pro Quadratkilometer — kein Schulkind, das weiter als fünf Kilometer zur nächsten Schule zu gehen oder mit dem Boot zu fahren

hätte. Wo — wie etwa im nördlichsten Teil, in Finnmarken, mit seiner noch dünneren Bevölkerung — die 5 Kilometer-Zone nicht eingehalten werden kann, erhalten die Eltern vom Staate Zuschüsse für die Beförderung des Kindes zur Schule oder seine Unterbringung am Schulort.

### 3. Lofotenfischer.

Durch Wochen, ja durch Monate leben die Bewohner Nordnorwegens im Halbdunkel ices borten Winters, der so hart ist, daß eine Familie 24 bis 30 Jahren Holz aus den Wäldern des Hinterlandes einfahren muß, um ein Zimmer und eine Küche zu beziehen. Ein paar Schafe oder Ziegen und ein Kartoffelacker bieten ihnen längliche Zuschüsse zu den Erträgen ihres Haupterwerbs, der Fischerei. Und die ist ein schwerer Beruf: Im Frühjahr ziehen die Fischer zu Hunderten zum Lofotenfang aus; und haben sie die Beute eingebracht, so geht es wieder hinaus, an die finnmarkische Küste, zum zweiten Fischzug. Sie müssen schnell, geschickt, schlau und überaus fleißig arbeiten, denn auch von der englischen Küste treffen um diese Zeit die Fischerflotten ein, die dem norwegischen Küstenbewohner die Beute streitig machen wollen. Die Mühsal und die Gefahren dieser Jäge weit ins nördliche Elsmeer hinaus, oder an der klippentrichen Schärenküste kann man sich ausmalen. Und der Ertrag ist ganz gering: War die Beute klein, so ist nichts zum Verkaufen da; war sie groß, so wird der Preis von den profitgierigen Händlern, denen die Fischer schulplos ausgeliefert sind, auf einen lächerlichen Betrag herabgedrückt. Bargeld ist selten bei diesen Menschen; sie tauschen Fische oder Tran vielfach noch in primitivem Naturalhandel gegen die wenigen Industrieprodukte ein, deren sie bedürfen.

Sind sie von ihren Fischfahrten zurückgekehrt, so haben sie gerade noch Zeit, den Kartoffelacker zu bestellen, das wenige Getreide einzubringen, das Zegelschiff zu reparieren — dann geht wieder der erbarnungslöse, lichtlose Winter ein.

bürgerlichen Parteien natürlich keine Gedanken. Viel wichtiger ist es ihnen, sich die Gunst von ein paar hundert Besitzern privater Autobuslinien zu sichern, die für die öffentliche Wirtschaft zwar keine solche Bedeutung, für die bürgerlichen Parteien hingegen den unschätzbaren Vorzug haben — wie „Ceslá Zlobo“ richtig bemerkt —, in ausgiebiger Weise die Wahlfonds unterfrühen zu können.

**Kommunistisches Ablenkungsmanöver.**

Die kommunistische Presse veröffentlichte in der letzten Zeit unter dem Schlagwort „Gegen die Fälschung und Verfaulung der Konsumgenossenschaften“ Artikel, die sich — wie denn sonst? — in erster Reihe gegen die gottverfluchten „Sozialfaschisten“ richten.

Es wird behauptet, die Genossenschaftsbürokratie arbeite einen Regierungsantrag aus, der dahin zielt, die Selbstständigkeit insbesondere der kommunistischen Konsumvereine zu vernichten. Die zu errichtende „Interessenzentrale“ habe das Recht, Funktionäre abzusetzen, die Vereinnahmung von Genossenschaften anzuordnen, Beschlüsse der Genossenschaftsleitungen aufzuheben, einen Regierungskommissar in die Sitzungen zu entsenden und dergleichen heblische Dinge mehr. Das Ganze habe den Zweck, die „revolutionären“ (kommunistischen) Konsumvereine unter den Einfluß der Bourgeoisie zu bekommen. Die führenden Genossen unserer Genossenschaftsbewegung sowie Genosse Dr. Czech werden beschuldigt, an diesem „teufelischen“ Plane mitzuarbeiten. Die Mitglieder der „revolutionären“ Konsumvereine werden aufgefordert, gegen die faschistische Diktatur, gegen die Zerstückelung der roten Konsumvereine Sturm zu laufen.

Natürlich ist an dem aufgeregten Getöse der kommunistischen Genossenschaftsmacher nichts Wahres. Diese scheinen einen Vorwand zu suchen, um die Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben, zu maskieren und ihre Rückschläge durch ausgiebiges Schimpfen auf die verdamnten Sozialdemokraten abzulenken. Das nennen diese famosen Anwälte der Arbeiterschaft dann revolutionären Klassenkampf.

**Kandidaturen der kommunistischen Opposition.**

Außer der offiziellen kommunistischen Liste kandidiert bei den Gemeindevahlen in einigen Orten auch die kommunistische Opposition. In Prag wird die Liste der kommunistischen Opposition geführt von dem ehemaligen kommunistischen Stadtverordneten S t u r e, an zweiter Stelle steht der ehemalige kommunistische Stadtverordnete L a c i n a, Vorsitzender Stellvertreter des sozialen Zentralamtes der Stadt Prag, an dritter Stelle der Advokat Dr. M e h a. Die kommunistische Opposition gibt ein Wahlsflugblatt hinaus, in dem sie auseinandersetzt, daß sie mit der offiziellen kommunistischen Politik nicht einverstanden ist, weil diese kein Verständnis für die Tagesarbeit hat. Außerdem ist die Opposition nicht einverstanden mit der Zersplitterung, welche die Kommunisten in die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen hineinbringen, sie ist vielmehr für das gemeinsame Vorgehen der Arbeiter der verschiedenen Richtungen. Die kommunistische Opposition kandidiert außer in Prag hauptsächlich im Klodnoer Gebiet, in Breßburg, im Bränner und Wittingauer Gebiet.

**Spaltung in der tschechischen Gewerdepartei bei den Prager Gemeindevahlen.** In Prag kandidiert außer der offiziellen Liste der Gewerdepartei noch eine Oppositionsliste dieser Partei, die geführt wird von dem ehemaligen nationaldemokratischen Abgeordneten und Sekretär der Handelskammer Dr. S a m e l.

**Debatte im Völkerbundsplenium.**

Genf, 9. September. Die heutige Vormittagssitzung der Völkerbundversammlung brachte die Erklärungen der Vertreter dreier nichteuropäischer Staaten. Der japanische Delegierte sprach zur Wirtschaftskrise und zur Abrüstungsfrage. Er betonte, daß seine Regierung alles tun werde, um auf der bevorstehenden Abrüstungskonferenz ein der Billigkeit entsprechendes Abkommen über die Einschränkung der Rüstungen herbeizuführen. Japan werde der Abrüstungskonferenz Vorschläge unterbreiten, die dem Geiste der Völkerbundfahungen entsprechen und seiner besonderen Lage in Ostasien (!) Rechnung tragen.

Der Führer der indischen Delegation erkannte in seiner Rede die Leistungen des Völkerbundes auch für die jenseits des Suezkanals gelegenen Länder an, vor allem bei der Bekämpfung der Tropenkrankheiten.

Der kanadische Justizminister Hugh S u b r i e bezeichnete die Abrüstung und die daraus folgende Sicherung des Friedens als den Prüfstein des Völkerbundes.

Der nächste Redner war der rumänische Außenminister C h i l a, der zum Jahresbericht des Generalsekretärs sprach. Er erwähnte sodann die Weltwirtschaftskrise. Rumänien fühle wie alle übrigen diese Weltkrise; es sehe traurig auf den Reichtum seiner Ernten, deren Ertrag nicht zu verkaufen ist. Daher verfolge es mit größtem Interesse insbesondere die Arbeiten des Europäischen Studienkomitees und familiäre dringenden landwirtschaftlichen Fragen, eingeschlossen den wirtschaftlichen Nichtangriffspakt, der dem Völkerbund vorgelegt wurde.

**Vier Generationen kennen sie.....**

Vier Generationen kennen schon die reine Hirschseife.

Seit über 80 Jahren wird diese ausgiebige Seife von erfahrenen Hausfrauen zum Waschen bevorzugt — ein Beweis für ihre Güte!



**SCHICHT'S HIRSCHSEIFE**

immer unverändert . . . immer gleich gut.



**Erfolgreiche Betriebsratswahlen im Falkenauer Revier.**

Die Kommunisten büßen 50 Prozent ihrer Mandate ein.

Die Hakenkreuzler und Kommunisten haben sich vergeblich bemüht, die Position der Union der Bergarbeiter bei den vom 1. bis 4. September stattgefundenen Betriebsratswahlen zu erschüttern, wobei sie in Anwendung der Mittel nicht wählerisch waren und sich selbst siegestrunken benahmten. Die Bergarbeiter haben aber in ihrem gesunden Menschenverstande es abgesehen, sich von den kommunistischen Giftbomben das Gehirn vergasen zu lassen und haben abgelehnt, die bolschewistischen Betriebsräte zu wählen. Von den zehn bei der Wahl im Jahre 1929 erreichten Mandaten der Kommunisten, haben sie bei der jetzigen Wahl 5 Mandate verloren.

Dieser Verlust der Kommunisten ist ein effektiver Verlust, der wieder auf die Verringerung der Belegschaftsziffer der betreffenden Schächte, noch auf die Einstellung eines Betriebes zurückzuführen ist.

Die Kommunisten haben bei den Ritterschen Kohlenwerken in Chodau verloren, beim Agneschacht, Davidsihal, wo sie ein Mandat hatten, konnten sie nicht einmal kandidieren, bei der Reuschschichtanlage in Haberspitze fiel der bekannte Kommunist Werner bei der Wahl durch. Bei der in der letzten Wahlperiode stattgefundenen Neuwahl beim Peterwerk in Jwodan verloren die Kommunisten ihre drei Mandate zur Gänze. Dem Verlust von sechs Mandaten stehen der Gewinn von einem Mandat bei der Rästnerzeche in Lang gegenüber, welches Mandat der Fachverband „Solidarität“ verloren hat. Die Union der Bergarbeiter hat auch bei der Rästnerzeche, trotz der größten Anstrengung der Kommunisten und trotz der großen Versprechungen der Kommunisten an die Belegschaftsmittglieder bezüglich der Kurzarbeitsunterstützung ihre zwei Mandate behauptet. Der kleine örtliche Erfolg der Kommunisten bei der Rästnerzeche auf Kosten der Freisozialen verhindert nicht, daß der vollständige Zusammenbruch der Kommunisten offenkundig ist.

Die Hakenkreuzler haben eine Menge anonymen Flugblätter herausgegeben, in welchen in der dümmsten Weise gegen die Union der Bergarbeiter und deren Vertrauensmänner gehetzt wurde. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Hakenkreuzler mit den Kommunisten fiel auch hier auf, weil

**Die Hakenkreuzler in ihren Flugblättern kein Wort gegen die Kommunisten**

anwendeten. Die eifrigsten Agitatoren, die allerdings auch alle Mittel anwendeten und vor nichts zurückschreckten, waren bei dieser Wahl die Bergbauangestellten. Dem Mißbrauch dieser Aufstichtgewalt ist es auch zuzuschreiben, daß die Hakenkreuzler 3 Mandate erzielen konnten, von denen ein Mandat in Haberspitze auf Kosten der Kommunisten und je ein Mandat beim Felizianischacht Jiedlitz und beim Adolf u. Sophienschacht Budowa auf Kosten der Freisozialen erworben wurden. Auch die Hakenkreuzler konnten, trotz der größten Anstrengung und trotz der Hilfe der Bergbauangestellten, der Union der Bergarbeiter keinen Schaden beifügen. Die Union der Bergarbeiter geht aus diesem Wahlkampf stärker denn je hervor. Es gelang ihr den prozentuellen Anteil an den Mandaten auf 78,5 Prozent zu steigern.

78,5 Prozent aller Bergarbeiter im Reviere haben der Union der Bergarbeiter das Vertrauen ausgesprochen.

Trotz der schweren wirtschaftlichen Not, trotz der vielen Feiertage, trotz aller unliebamen und

schweren Ereignisse, von denen die Bergarbeiter des Falkenauer Reviers durch Jahre betroffen worden sind, werden die Bergarbeiter des Falkenauer Revieres nicht schwankend in ihrer Anschauung, sie wissen, daß die Union der Bergarbeiter der einzige Schutz gegen noch größere Ausbeutung, noch größere Verelendung ist, und haben sich in Erkenntnis dieser Tatsache, weder von dem Geschrei der Kommunisten, noch von dem Gewinn der Hakenkreuzler, noch von dem Trupp der Aufsichtsorgane beeinflussen lassen. Sie haben als Klassenkämpfer gewählt und der Union der Bergarbeiter zu einem weiteren Erfolg verholfen. Im Jahre 1929, wo bei den Betriebsratswahlen die Union der Bergarbeiter ihre Mandatszahl steigern konnte, betrug der prozentuelle Anteil an allen im Reviere gewählten Mandaten 75 Prozent, heute beträgt der Anteil der Union der Bergarbeiter an den derzeitigen Betriebsratsmandaten 78,5 Prozent. Es gelang der Union der Bergarbeiter, außer dem beim Peterwerk auf Kosten der Kommunisten gewonnenen zwei Mandaten, das Mandat der Kommunisten in Davidsihal und bei den Ritterschen Kohlenwerken in Chodau zu gewinnen.

Von den derzeit im Reviere durch Wahl zur Besetzung gelangten 93 Mandaten hat die Union der Bergarbeiter 73 erreicht.

die Freisozialen sind von 18 auf 10, die Kommunisten von 10 auf 5 zurückgegangen, die Hakenkreuzler von 3 auf 5 gestiegen. Bei fünf Schächten wurde aus verschiedenen Ursachen nicht gewählt. Bei diesen Schächten sind 21 Mandate in Funktion, von welchen 16 der Union der Bergarbeiter angehören, so daß in diesem Falle die Union der Bergarbeiter von 114 Mandaten 89 Mandate besetzt hat. Bei der bei diesen Schächten später vorzunehmenden Wahl wird sich, wenn nicht eine Verringerung des Belegschaftsstandes eine verringerte Mandatszahl bedingt, nichts ändern, so daß der prozentuelle Anteil der Union der Bergarbeiter an den Mandaten im Reviere über 78 Prozent beträgt, eine „er“, die besagt, daß von Wahl zu Wahl der prozentuelle Anteil der Union der Bergarbeiter an der Gesamtmandatszahl gesteigert wird. Die Mandatszahl im Reviere ist von 126 im Jahre 1929 auf 114 zurückgegangen, es wurden drei Schächte mit neun Mandaten, die der Union der Bergarbeiter angehören, eingestellt und außerdem bei den Britannia-Kohlenwerken in Königswert um zwei Mandate, bei der Fischezeche in Jiedlitz um ein Mandat, bei der Friedrich Anna-Zeche in Großfisch um ein Mandat und bei den Adolf- und Sophienschächten um ein Mandat weniger gewählt, so daß der Union der Bergarbeiter 13 Mandate infolge BetriebsEinstellung und BetriebsEinschränkung abgehen. Zum Teile gelang es der Union der Bergarbeiter diesen Abgang, wie aus den vorangeführten Ziffern ersichtlich ist, auf Kosten der Kommunisten weitzumachen, so daß trotz dieser MandatsEinkünfte

der prozentuelle Anteil der Union der Bergarbeiter nicht gesunken, sondern gestiegen

ist. Dieses erfreuliche Zeichen, das umso mehr zu werten ist, nachdem die Betriebsleiter bei den Entlassungen immer der Mitglieder der Union der Bergarbeiter gedenken, erfüllt uns mit Stolz. Wie ein Fels im brandenden Meere, an dem sich die Wellen zerbrechen, steht die Union der Bergarbeiter fest und unerschütterlich im Falkenauer Revier. Die Angriffe des Hakenkreuzes, des Sozialismus und der Vertreter des Kohlenkapitals blieben erfolglos. Organisationen, die im ganzen Reviere von weit über 100 Mandaten bloß 5 oder 6 Mandate auf sich vereinen können wohl als Organisation und Interessenvertretung der Bergarbeiter nicht angesehen werden. Die anderen würden bei einem derartigen Wahlergebnis zu ihren Gunsten von einem großen Sieg sprechen, wir begnügen uns, den vollen Erfolg der Union der Bergarbeiter festzustellen.

**Die Britische Arbeiterpartei und die „nationale Regierung“**

Worum es geht!

(L. I.) Wir entnehmen dem offiziellen „Labour Press Service“ der Britischen Arbeiterpartei folgenden Artikel:

Als die politische „Krise“ im Lande ausbrach und MacDonald seine Absicht bekanntgab, eine „nationale“ Regierung unter Teilnahme der konservativen und liberalen Führer zu bilden, herrschte große Freude im Lager der Feinde der Arbeiterpartei. Die konservative und die liberale Presse erzählte Geschichten vom „Zusammenbruch“ der Arbeiterpartei. Die Arbeiterbewegung war angeblich im Begriffe, sich von oben bis unten zu spalten, Der Wunsch war der Vater des Gedankens.

Aber alle Hoffnungen der arbeitserfeindlichen Presse sind bitter enttäuscht worden. Niemand ist die große Arbeiterbewegung einiger gewesen als heute unter der Führung Arthur Hendersons.

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß der politische Wandel in den letzten zwei Wochen für die Arbeiterbewegung sowohl politisch als auch gewerkschaftlich ein Mittel zur Erhöhung der Spannkraft gewesen ist. Die breiten Massen wurden zur höchsten Begeisterung mitgerissen und die Abgeordneten der Arbeiterpartei bleiben fest in ihrer Entschlossenheit, dem kommenden Angriff auf die Lebenshaltung des Volkes zu widerstehen. Die Sitzung der Parlamentsfraktion am 29. August, bei der der Beschluß gefaßt wurde, im Parlament unter Führung Hendersons die Oppositionsstellung einzunehmen, war vom gleichen Geiste befeuert, der vor dreißig Jahren die Bewegung ins Leben rief.

Die Arbeiterabgeordneten erklärten, daß ein Grundprinzip der Bewegung verletzt worden sei und daß ein Ausweichen vor dem Kampfe einen Betrug an den breiten Massen bedeuten würde, die ihr Vertrauen in die Arbeiterpartei als die einzige Partei gefaßt haben, die für soziale Gerechtigkeit eintritt.

Die Arbeiterpartei wird gerüstet sein für die Parlamentswahlen, wann immer sie stattfinden mögen. Es wird kein leichter Kampf sein, nein, einer der schwierigsten Kämpfe in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Aber es kann und muß ein siegreicher Kampf sein.

Der Aufruf, der Ende August vom Generatrat des Gewerkschafts Kongresses, dem Parteivorstand der Arbeiterpartei und dem Beratenden Ausschuh ihrer Parlamentsfraktion erlassen wurde, legt die allgemeinen Grundsätze aus, die die Arbeiterregierung zu geschlossener Opposition gegen die „nationale“ Regierung bewegen haben. Sobald die Regierung ihre Pläne mitteilen wird, wird die Arbeiterpartei in der Lage sein, ihre praktischen Gegenvorschläge auszusprechen.

Aber das wirkliche Problem liegt klar zutage. Es liegt darin, daß dem nationalen Interesse durch eine weitere Verelendung der Arbeiterschaft nicht gedient sein kann.

Die Wähler haben die Entscheidung zu treffen zwischen einem Programm, das eine Zentung der Lebenshaltung der Volksmehrheit enthält, um die gegenwärtige ungleiche Verteilung des Volkvermögens aufrechtzuerhalten, und dem Programm der Arbeiterpartei, das die Wahrung und Verbesserung der Lebenshaltung des Volkes bezweckt — dem Programm, das allein die Wiederkehr wirklicher Prosperität bewirken kann.

„Gebt diesmal der Arbeiterpartei eine Mehrheit!“

Einig, mit einem klar umrissenen Programm zur inneren und internationalen Lage auf Grund ihrer Prinzipien, mit einem wirksamen Verbodienst und entsprechenden finanziellen Mitteln wird die Arbeiterpartei siegesgewiß in den Wahlkampf eintreten.

Der Aufruf an das Volk bei diesen Wahlen wird heißen: „Gebt diesmal der Arbeiterpartei eine Mehrheit!“

Die breiten Massen der Bewegung werden diesem Aufruf mit der Begeisterung entsprechen, zu der sie die Gerechtigkeit ihrer Sache hinreißt. Es wird im kommenden Kampf keine Halbheit geben, denn die Arbeiterpartei spricht im Namen der wirklichen Nation, wenn sie sich einem Programm widersetzt, das zum Streit und zum Chaos führt.

**Auf der indischen Ebene...**

London, 9. September. (Reuter.) Ministerpräsident MacDonald hat einen Gesetzentwurf unterbreitet, der die Regierung ermächtigt, Erparungen mit Regierungsdekretten einzuführen. Er weicht damit der Verhandlung im Parlamente aus, bei der es zu einer Obstruktion kommen könnte. Er sagt voraus, daß die Labour Party stark opponieren wird, bis am nächsten Freitag der Gesetzentwurf zur Verhandlung kommt.

Im Unterhaus wurde heute ohne Abstimmung ein Antrag Baldwins angenommen, wonach alle Haushaltsvorlagen, die morgen durch Snowden eingebracht werden, mit einer einzigen Ausnahme noch vor Ende der morgigen Abend-sitzung angenommen sein sollen. Diese Maßnahme hat den Zweck, den Bestimmungen, die diese Beschlüsse enthalten, sofortige Wirkung zu verleihen und Manipulationen seitens der Spekulation zu verhindern. Eine der Vorlagen wird in der Regel zunächst verlegt, um eine Debatte zu ermöglichen.

Den Jungen die Idee des Sozialismus so glühend zu erhalten, wie sie sich ehemals dem Alten ins Herz senkte — das ist die große Aufgabe der sozialistischen Erziehung.

Darum fördert die Kinderfreundebewegung, unterstützt die Werbestellung im September!

### Unsere Genossenschaftlerinnen an der Arbeit.

Kurs der Frauenaktion des Verbandes deutscher Wirtschaftsgenossenschaften.

Am 7. und 8. September d. J. lagte in Prag im Hotel „Monopol“ der diesjährige Kurs der Frauenaktion des Verbandes deutscher Wirtschaftsgenossenschaften, der als Auftakt für die Arbeiten der Herbst- und Wintermonate gilt, 40 begeisterte, zum Teil führende Genossenschaftlerinnen aus allen Teilen des süddeutschen Gebietes, darunter als Vertreter des der deutschen Genossenschaftsbewegung angegliederten Verbandes der polnischen Konsumgenossenschaften (Mähr.-Osterr.), Genossin Engelberta Wawrzeka und als lieber Gast die Genossin Josefina Domaschko aus Linz, waren beisammen, um in erster Arbeit für die kommenden Aufgaben neues Wissen und neue Arbeitsfreude zu sammeln.

Der Kurs wurde von der Vorsitzenden der Frauenaktion, Gen. Marie Günzl, Karlsbad, um 10 Uhr vormittags mit herzlichen Begrüßungsworten eröffnet. Die Tagesordnung bestand aus folgenden Punkten: 1. Weltwirtschaftskrise und Genossenschaftsbewegung (Referent Gen. Hg. Dietl), 2. Die Kreditwirtschaft und die Genossenschaftsbewegung (Referent Gen. Rudolf Fischer), 3. Erzeugung und Verbrauch (Referent Gen. Rudolf Kreisch), 4. Ernährungshygiene (Referentin Gen. Cäcilie Kettner), 5. Lebensmittelfälschungen (Referent Gen. Dr. Schenk), 6. Unser Werbeprogramm (Referentin Gen. Kiedl).

Beim ersten Punkte der Tagesordnung sprach in eingehender und leichtverständlicher Weise Gen. Dietl die Ursachen der Weltwirtschaftskrise und ihre verheerenden Auswirkungen auf die Konsumkraft der arbeitenden Bevölkerung. Er wies darauf hin, daß die Planlosigkeit der privatkapitalistischen Erzeugung die Schuld an den trostlosen Verhältnissen in der ganzen Welt trägt und daß nur durch eine planvolle Gemeinwirtschaft die Hebung der heutigen Zustände und die Verhütung solcher katastrophaler Krisen möglich ist. — Gen. Rudolf Fischer legte in ausgearbeiteter Weise die Funktion des Geldes in der Wirtschaft dar und besprach die Möglichkeiten der Errichtung einer genossenschaftlichen Kreditorganisation, die sich zur Aufgabe stellt, durch die Ausbringung von Einlagen dem berechtigten Kreditbedürfnis der schaffenden Bevölkerung Rechnung zu tragen, und zwar unabhängig vom privaten Geldmarkt.

Die Referate der Gen. Dr. Kettner und des Gen. Dr. Schenk trugen dazu bei, den Hausfrauen und Müttern die Grundlagen einer gesunden Ernährung sowie die Praktiken der am meisten geübten Lebensmittelfälschungen in klarer und gemeinverständlich Weise darzulegen.

Gen. Kreisch besprach in umfassender Weise die Gefahr der Monopolisierung der Wirtschaft durch die Privatindustrie und verwies darauf, daß durch die Organisierung von Erzeugung und Verteilung durch die Verbraucher die soziale Planwirtschaft in die Tat umgesetzt werden kann. Das Beispiel Bata zeigt am augenfälligsten, wie ein lebenswichtiger Produktionszweig von einem einzigen Unternehmer zum Schaden der Verbraucher monopolisiert werden kann. Genossenschaftler müssen auf die Resolution des Wiener Kongresses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hin, in der gefordert wird: „Die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, die Errichtung staatlicher oder genossenschaftlicher Handelsmonopole, die im Interesse der Gemeinschaft verwaltet werden.“

Ueber die nächsten Werbeaufgaben sprach Genossin Kiedl. Sie ging von der Notwendigkeit der Frauenarbeit in den Genossenschaften aus, die sich durch erfolgreiche praktische Arbeit immer mehr Anerkennung schafft. Anknüpfend an die Ergebnisse der letzten Volkszählung zeigte sie den verschiedenen Grad der genossenschaftlichen Durchdringung der deutschen Gebiete dieses Landes auf, und schlug namens der Frauenaktion vor, den sich aus der Kaufkraftschwächung der Verbraucher ergebenden Umfangsfall in den Konsumgenossenschaften durch Mitgliederwerbung weitzumachen. In dieser Hinsicht wurde ein ziffernmäßig festes Arbeitsziel aufgestellt. Um den geringen Durchschnittsumsatz pro Mitglied, der noch weit unter dem Existenzminimum an Bedarfsgüter liegt, zu erhöhen, wurden verschiedene Maßnahmen zu dessen Hebung vorgeschlagen. Ferner wurde auf die Förderung der genossenschaftlichen Eigenproduktion verwiesen. Es dürfe nicht vorzukommen, daß die Arbeiterfamilie mit ihren hohen Lohnkrönen die Privatwirtschaft fördert, die sich stets als der ausgesprochene Feind der Arbeiterklasse erweisen hat.

Die im Anschluß an die Referate folgende Aussprache zeigte, daß die Mitarbeiterinnen der Genossenschaftsbewegung in durchaus ernster und sachlicher Weise die erzwungenen Fragen beantworteten. Der prächtige Verlauf des Kurses der Frauenaktion gibt der berechtigten Hoffnung Raum, daß es dem Arbeitsbeifer der Genossenschaftlerinnen gelingen wird, die Verbraucherbewegung ziel- und wegerewußt wieder ein Stück vorwärts zu bringen.

## Tagesneuigkeiten

### Fliegertod.

Buzlu (Rumänien), 9. September. Untweit von Buzlu stürzte gestern ein Militärflugzeug ab. Der Pilot, ein Fliegerleutnant, fand den Tod.

Berlin, 9. September. Auf dem Staken Flugplatz stürzte heute in der sechsten Abendstunde eine Klemmaschine ab. Der Pilot wurde tot aus den Trümmern geborgen.

Zu dem Unglück wird weiter gemeldet, daß auf dem dortigen Flugplatz ein Dr. Reichauer mit der Klemmaschine „L 26“ zu einem Übungsfluge aufgestiegen war. Als das Flugzeug über dem Orte Staken kreiste, brachen nach Angabe von Augenzeugen die Flügel und der Rumpf stürzte auf die Bahnhofsstraße herab. Dr. Reichauer war auf der Stelle tot, der flügellose Rumpf der Maschine ist total zertrümmert. Die Flugschverständigen des Flughafens Staken sind mit der Untersuchung der Ursache des Unglücks beschäftigt.

### Windhose über Ungvar.

Montag wütete gegen 2 Uhr nachmittags in der Ostslowakei ein schwerer Sturm, der von Hagel- schlag begleitet war. Auch die Stadt Ungvar wurde von dem Sturm heimgesucht, wo vor allem in den Wein- und Obstgärten schwerer Schaden verursacht wurde. Der Sturm bedachte die Fabrik „Besid“ ab, deren Dach in die Nachbarsfabrik geworfen wurde. Gleichzeitig wurde ein 4 Meter hoher Schornstein umgelagt. In der Modenschick „Mord“ wurde ebenfalls ein 5 Meter hoher Fabrikschornstein umgelagt. Auf dem Hauptbahnhof wurde die Autobusgarage derart beschädigt, daß deren Abtragung notwendig sein wird. Zwei Arbeiter, die unweit der Garage arbeiteten, wurden verletzt. Bedeutende Schäden wurden auch aus den Artilleriebaracken gemeldet. Ein Artillerist wurde schwer am Kopfe verletzt, während fünf weitere Soldaten leichtere Verletzungen davontrugen. Weiters wurde ein Reubau fast vollständig und dessen Dach 40 Meter weggetragen. Das Mauerwerk dieses Hauses sprang, so daß die Bewohner das Haus räumen mußten, da Einsturzgefahr besteht. Eine Frau wurde leicht verletzt.

### Schwere Explosion in einer Petroleumraffinerie.

Bacau (Rumänien), 9. September. (Radur.) In der hiesigen Petroleumraffinerie explodierte ein Petroleumreservoir. Der Inhaber der Raffinerie, der sich in diesem Augenblicke in der Nähe befand, wurde durch die Explosion getötet. Sein furchtbar zersplitterter Körper wurde 500 Meter weit von der Unfallstelle gefunden. Ein kleineres Gebäude wurde vollkommen zerstört, wodurch drei Kinder, die daneben spielten, getötet wurden. Außerdem wurden zwei Arbeiter tödlich verletzt.

### Das Ende.

Santiago de Chile, 9. September. Das große Schlachtschiff „Ratorre“, an dessen Bord sich die leitenden Mitglieder der anführerischen Schiffsmannschaften befanden, ging gestern abend über Befehl von Flugzeugen, die ständig über den Meeresrücken kreisten, im Hafen von Quintero vor Anker. Die ganze Besatzung dieses Schiffes wurde festgenommen und in verschiedenen Gefängnisse eingeliefert.

Zwei Drittel der Bevölkerung auf Unter- hängen angewiesen! Die Stadt Rahen im Regierungsbezirk Koblenz wird an die notleidende Bevölkerung größere Mengen von Brennholz aus den Stadtwäldern sowie von Kartoffeln unentgeltlich verteilen lassen. Für die Kinder der notleidenden Familien werden jabrbare Küchen eingerichtet werden, die regelmäßig Auspeisungen vornehmen werden. Die Verhältnisse in der Stadt sind trostlos. Zur Zeit müssen hauptsächlich infolge der darniederliegenden Steinindustrie und zwei Drittel der gesamten Einwohner- schaft aus Mitteln der öffentlichen Hand ihr Dasein fristen.

Das Arktis-Unterseeboot „Rantilus“ wird vermutlich in einigen Tagen seine Fahrt fortsetzen. Professor Sverdrup, der Deutsche Villingen und der Amerikaner Soule sind mit einem norwegischen Dampfer von Longport City nach Barstad abgereist. Wie „Aftenposten“ meldet, wird dies dahin gedeutet, daß „Rantilus“ entweder direkt nach Amerika oder auf der Route über Island fahren wird.

Tribüneneinsturz beim Stierkampf. Wie dem „Journal“ aus Madrid berichtet wird, stürzte bei einem Stierkampf im Sotillo de la Abdada eine mit 200 Personen besetzte Tribüne zusammen. Ein Zuschauer wurde getötet, 90 wurden verletzt, darunter 30 schwer und neun lebensgefährlich.

Millionenverluste durch das reichsdeutsche Ausreiseverbot. Bei der dieser Tage abgehaltenen Sitzung des städtischen Bäderausschusses in Karlsbad wurde, wie uns berichtet wird, festgestellt, daß während der heurigen Kurzeit 103.686 Bäderkarten weniger als im Vorjahre in Karlsbad abgesetzt worden sind. Dieser Rückgang der Bäderfrequenz bedeutet einen Einnahmeausfall von mehr als einer Million K<sup>o</sup> für den Kurort Karlsbad. Seine Ursache hat der geringere Bäderverbrauch in der in die Zeit der Karlsbader Hochsaison fallenden Ausreiseperrre Deutschlands. — Auch Marienbad, Franzensbad und Tepliz-Schönan verzeichnen in der Bilanz der heurigen Kurzeit aus dem gleichen Anlaß riesige Einnahmeausfälle. Die Geschäftswelt ist vielfach im heurigen Jahre nicht auf die Regien gekommen, und in den nordböhmischen Sommerfrischen war das heurige Jahr seit langem das schlechteste.

Auf schreckliche Weise verunglückt ist, wie uns aus Saaz gemeldet wird, in Postherod der bei einer Saazer Elektrofirma angestellte 20jährige Monteur Johann Kauer während der Arbeit. Kauer befand sich, mit einem Sicherungsgürtel versehen, an einem schweren Verteilermast, als die den Mast verankernden Drahtseile rissen und der schwere Mast umstürzte. Kauer vermochte sich nicht frei zu machen und geriet mit dem Kopf zwischen den Verteilerring des Mastes und die Dachlante eines nebenstehenden Hauses, wodurch ihm der Schädel zertrümmert wurde. Bald nach seiner Einlieferung ins Saazer Krankenhaus ist Kauer seinen schweren Verletzungen erlegen.

740 Stundenkilometer? Beim Training zu dem am kommenden Samstag in England stattfindenden Schneider-Pokal-Luftrennen soll der englische Fliegerleutnant Boothmann die phantastische Geschwindigkeit von 740 Stundenkilometern erreicht haben. Mit dieser mit einem neuen Vickers Super-Marine S 6 B-Flugzeug mit Rolle-Royce-Motoren erreichten Geschwindigkeit sei ein neuer Geschwindigkeits-Weltrekord aufgestellt worden.

Neuer Transpazifik-Flug. Die beiden amerikanischen Flieger Noble und Allen sind von Tokio aus zu einem Non Stop-Flug über den Stillen Ozean gestartet. Die Landung soll in Seattle (Washington, U.S.A.) erfolgen. Die zurückzulegende Strecke beträgt 4465 Meilen.

Ein tragischer Irrtum. In dem von Schanghai nach Saharanpur fahrenden Postzuge wurde der Sohn eines bekannten Journalisten, der 18jährige Engländer Donald Clark, unter tragischen Umständen erschossen. Clark betrat zeitlich früh sein Kapsel erster Klasse, in welchem ein Leutnant namens Sheehan schlief, ein junger Offizier, gegen den in der Nacht zum 23. Juli im Eisenbahnzuge ein Attentat verübt worden war, wobei er durch Messerstiche verletzt wurde. Sheehan, der durch den Eintritt Clarks plötzlich aufgeweckt wurde, wurde in der Meinung, daß es sich neuerlich um einen Attentäter handele, von Angst befallen und gab gegen Clark einen Revolverbeschuß ab. Dieser stürzte sofort tot zu Boden.

Auf der Pariser Ausstellung ereigneten sich Mittwoch zwei Unfälle. Vor 2 Uhr nachmittags brach auf der Ausstellung ein Brand aus, und zwar glücklicherweise nicht in der Expositionsabteilung, wo zahlreiche Unfälle ausgebrochen sind, sondern in der Vergnügungsabteilung. Das leicht brennbare Objekt konnte nicht getrennt werden, doch wurde das Feuer bald lokalisiert, so daß die drei benachbarten Objekte nur beschädigt wurden. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Die Ursache des Brandes ist noch nicht festgestellt. Vormittags brach in der Kasse der Sportsektion der Ausstellung infolge Ueberheizung des Ofens ein Brand aus, der aber keine ernstlichen Folgen hatte. Die Einrichtung konnte fast zur Gänze gerettet werden.

Das größte Fernrohr. Der Bau des neuen von der amerikanischen General Electric Gesellschaft gebauten 100 Zoll-Fernrohrs geht seiner Vollendung entgegen. Der Reflektor wiegt 50.000 Pfund; vier Jahre hat man dazu gebraucht, um 4000 Zentner pulverisierten Quarz für die Linse auszu- schmelzen. Mit dem neuen Fernrohr glaubt man bisher unerforschte Gebiete des Kosmos durchdringen zu können, da seine Wirkung dreifachmal größer sein wird als die aller bisher gebauten Riesenfernrohre.

Die Leiche auf dem Schnellzug. Auf einem französischen Bahnhof wurde ein nach Marseille durch- fahrender Schnellzug angehalten, weil Reisende bemerkt hatten, daß Blut durch das Dach eines Wagens tropfte. Man fand auf dem Dach die Leiche eines Mannes, die eine kaffeeartige Kopfwanne aufwies. Aufscheinend war der Mann als blinder Passagier mitgeführt und mit dem Kopf gegen einen Brückenpfeiler gestoßen, der ihm den Schädel spaltete.

Der erste Versuch, lateinische Schriftzeichen für das chinesische Christum anzuwenden, hat im Fernen Osten glänzende Ergebnisse gezeigt. Eine Anzahl chinesischer Arbeiter, die weder lesen noch schreiben konnten, haben mit Hilfe des latinisierten chinesischen Alphabets in sechs Wochen Lesen und Schreiben gelernt, da die Aneignung der 26 Buchstaben, die an die Stelle der früheren 5000 Schriftzeichen getreten sind, keine sonderlichen Schwierigkeiten bietet. In einer Versammlung der Vertreter der öffentlichen Organisationen der Stadt Wladivostok wurde der Beschluß gefaßt, das latinisierte Alphabet in den chinesischen Lehranstalten der Fernen Osten und in der Orientalischen Fakultät der Staatlichen Fernöstlichen Universität einzuführen.

Brennender Straßenbahnwagen. In Windsor (Ontario) stürzte ein Straßenbahnwagen um, der zahlreiche Personen zu einer Sportveranstaltung brachte, und geriet in Brand. Die Feuerwehr und die Polizei hatten große Mühe, die Fahrgäste, die unter den Trümmern lagen, zu befreien. 75 Personen wurden verletzt, darunter mehrere schwer.

Mutshende. In Hamm (Westfalen) verfuhr kürzlich der Invalide Ludwig Jezierki nach voraus- gegangenem Streit mit seinem Sohn Ottomar sein Wohnhaus in Brand zu stecken und selbst den Tod in den Flammen zu suchen. Es gelang jedoch, ihn vom Selbstmord zurückzuhalten. Die Krimi- nalanuntersuchung ergab, daß zwischen Ottomar Jezierki und seiner verheirateten Schwester, Frau Bos, seit Jahren unerlaubte Beziehungen bestanden haben, aus denen zwei Kinder entsprungen waren, von denen eines kurz nach der Geburt von der Mutter umge- bracht worden ist. Desgleichen gestand der In- valide Ludwig Jezierki, mit einer anderen

## Vom Randfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Freitag: Prag: 11: Schallplatten, 14.30: Orchesterkonzert, 18.25: Deutsche Sendung: Prof. Dr. Gampel: Das Habsteiner Moor, ein Naturgeschichtsbild, 20.30: Zitherduos, 21.00: Orchesterkonzert. — Bräun: 12.30: Orchesterkonzert, 17.45: Schallplatten, 18.25: Deutsche Sendung: Prof. Mayer: Haupt- richtungen in der Malerei in den letzten 30 Jahren. — Prettburg: 18.00: Magyrische Sendung, 20.30: Klavierkonzert, 22.15: Schrammelmusik. — Berlin: 18.50: Mandolinenzert. — Hamburg: 19.30: Das Forellen-Quintett, 20.15: Biedermeier.

Tochter ebenfalls in unerlaubten Beziehungen gehalten zu haben. Die ganze Familie wurde verhaftet.

Drei Todesopfer eines Brandes. In der Warschauer Vorstadt Targowka brach Mittwoch vormit- tags in einer Mietkaserne in einer schwer zu- gänglichen Seitenstraße ein Brand aus, der über- aus rasch um sich griff. Ein achtjähriges Kind und der Vater desselben, der in das Haus eingedrungen war, um sein Kind zu retten, sowie eine im ersten Stock des Miethauses wohnende Steinin kamen in den Flammen ums Leben. Der Brand konnte von den Feuerwehren nach einstündigen Bemühungen lokalisiert werden.

### Ziehung der Klassenlotterie

150.000 K: 8794.  
80.000 K: 63382.  
20.000 K: 22661, 51874, 67447, 80975.  
10.000 K: 15369, 41761, 49398, 50962, 81941, 92020, 93319.  
5.000 K: 7278, 8258, 10051, 17382, 18846, 25451, 32375, 34311, 35297, 37649, 54844, 57789, 70390, 73897, 81370, 82165, 91080, 94353.  
2.000 K: 230, 873, 1252, 1924, 2523, 3660, 6752, 7330, 9081, 14000, 22214, 22848, 23061, 23383, 29103, 30305, 33795, 34273, 35985, 40891, 44061, 44075, 50402, 50898, 51107, 53148, 53668, 54700, 55065, 62790, 66159, 68113, 69456, 74330, 74381, 75088, 77034, 78229, 82534, 86173, 88097, 97366, 97839, 98431, 99556. — Mitgeteilt von der „Blüchelle“ Josef Stein, Prag I., Bergstein 2.

### Aus Papier wird Geld.

Ein Blick in die geheime Abteilung der Reichsdruckerei.

Die Zeiten, in denen man in Deutschland in jeder kleinen Druckerei auf Rotationsmaschinen Rotgeld druckte, sind vorüber. Unsere Roten kommen jetzt wieder ausschließlich aus den Werkstätten der Reichsdruckerei, und diesen Betrieb, der sorgfältig von den übrigen Teilen der Reichsdruckerei abgeschlossen ist, darf kein Fremder betreten. Wir müssen uns also mit dem begnügen, was die Hoch- lenze zu erzählen für richtig halten.

In dieser Abteilung der Reichsdruckerei — es ist die Abteilung I — werden Boinnoten, Wertpapiere für das Reich und die Länder, Brief- und Stempel- sorten, Banknoten, Lotterielose, Gutscheine und viele andere Geld- oder Geldwert darstellende Druck- sachen hergestellt. Mehr als 250 Pressen, darunter viele Spezialmaschinen für Kupfer- und Prägedruck dienen diesem Zweck. Die Belegschaft dieser Abteilung der Reichsdruckerei beträgt allein 1200 bis 1500 Mann. Die normale Leistungsfähig- keit der Druckerei beträgt pro Tag eine Million Stück Banknoten oder eine entsprechende Zahl Wert- papiere, 40 Millionen Mark, 3 Millionen Postkar- ten, 5 Millionen Banknoten, ohne daß die Erlebi- gung täglich eingehender besonderer Aufträge da- durch behindert würde. Für alle von der Reichs- druckerei hergestellten Wertdrucke werden die reichs- eigenen im Handel nicht erhältlichen Gulden und Schillingdruckplatten, Schriften, Stempel, Linien- und Wasserzeichenpapiere verwendet. Feuer- und diebstahl- sichere Wertgefäße dienen der Verwahrung von Wertdruck-Formen, Wertdruck-Papieren und der daraus gefertigten Erzeugnissen. Etwasem Miß- brauch von Platten oder Papier wird durch Ueber- wachungs- und Kontrolleinrichtungen vorgebeugt.

Alter Erfahrung nach sind Wert und Ansehen einer Währung zum großen Teil abhängig von dem Grade der Sicherheit, der den umlaufenden Sünden Dazugewinn wie Banknoten gegen Fälschung eigen ist. Diese als technischer Schutz bezeichnete Eigenschaft jedem öffentlichen Zahlungsmittel in besonderem hohem Maße zu verleihen, ist die vornehmste und wichtigste Aufgabe eines Geld herstellenden Instituts. Die Reichsdruckerei hat bisher diese Aufgabe in bester Weise gelöst. Identitätsfälschungen ihrer Geld- und Wertdrucke sind bisher überhaupt nicht, täuschende Fälschungen nur in verschwindender Zahl aufgetaucht.

An Briefmarken werden täglich etwa 20 Mil- lionen hergestellt und verbraucht. Angesichts solcher Zahl sowie der gerade bei Briefmarken gebotenen sorgfältigsten Arbeitsweise, wäre die Inanspruch- nahme umfangreicher Betriebsanstaltungen ver- ständlich. Dem ist aber nicht so. Auf wenigen für den Briefmarkendruck besonders geeigneten Maschinen wird das vorher gummierte Wasserzeichenpapier in einem einzigen Arbeitsgange zur gebrauchsfähigen Briefmarke bearbeitet, gezählt, in Bogen zu 100 Marken geschnitten, oder in Streifen aufgeteilt. Eine doppelte Kontrolle durch Hifferrandruck ge- schieht ebenfalls beim Druck.

Bei den ungemessenen Wertbeträgen, die Tag für Tag in der Abteilung I der Reichsdruckerei er- stehen, wären Zweifel an der Zuverlässigkeit der von einzelnen Wertpapieren gebrauchten Stückzahl wohl zu verstehen. Die Reichsdruckerei begnügt sich mit diesen Mitteln, indem sie für jeden durch den Auftrag- geber ihr zugesellten unbedruckten Bogen Wertpapier mit dem vollen Betrag besetzt, der dem Werte nach aus dem Papier hätte hergestellt werden können. S. Jentz.

### Die Prager Herbst-Multiermesse.

Die allgemeine Weltwirtschaftskrise macht ihren Einfluß auch auf die Geschäfte der heutigen Herbstmesse ihren Einfluß geltend und so fehlen namentlich die vielen Käufer aus Deutschland, die man früher hier gesehen hat, auch aus Österreich ist der Besuch ein bedeutend schwächerer geworden. Dagegen ist ein Käuferzuwachs aus entfernteren Ländern zu verzeichnen, so sind Interessenten aus Indien, Syrien, Ägypten, Südamerika, den Philippinen, Spanien, Griechenland, den baltischen Staaten hier eingetroffen, auch das Geschäft mit den nordischen Staaten, namentlich mit Schweden (Ledermwaren und Spielwaren) soll ein gutes gewesen sein.

Im allgemeinen ist der Gesamteindruck der Messe aber gegen den von früheren Jahren in bezug auf die Besucher- und Ausstellerzahl ein ungünstiger. So ist auch beispielsweise die große Ausstellungshallen-Exposition war, neuer ganz leer, weil die Südlawen im letzten Augenblicke abgejagt haben. Es gibt wohl ein paar neue Attraktionen, so einen kleinen Stand mit den Produkten des Staates Paraguay, auch Zeitland heißt neuer, in reichlicherem Maße als im Frühjahr, seine Produkte (Wachs, Gummiwaren usw.) aus. Klauen hat im letzten Augenblick einen Stand eröffnet, der unaufrichtig ist, weil kein einziger Bedienter der Messe weiß, wo er ist, hübsch ist die graphische Ausstellung, auch die Ausstellung schindlicher Kunstindustrie bietet manches Schöne, wenngleich jetzt bereits zu viel Massenartikel japanischer und chinesischer Fabrikwerke hier zu sehen sind, auf Kosten echter Kunstprodukte. Den Stolz unserer Messe bildet selbstverständlich die übliche Ausstellung unserer hochwertigen Glas-, Bijouterie-, Holz-, Leder-, Spielwaren- und Metallindustrie.

Besonderer Erwähnung verdient eine Ansichtskartenausstellung des tschechischen Weltreisenden Volpikil, der tausende von guten Aufnahmen aus Australien, Neuseeland, Indien, China usw. zeigt. Das tschechische „Auslands-Institut“, gegründet nach dem Muster des reichsdeutschen. Ist mit seinen Diagrammen und sonstigen Plänen — ob es mehr geleistet hat als diese „Pläne“, konnte bisher nicht festgestellt werden — nun ständig in die Wienermesse überföhrt, auch der tschechische Versuchverein wird in einem Stande am Liebe zum Tiere.

Kelamó: Es wäre zu wünschen, daß die Messe wirklich zu einem Sammelplatz unserer Industrie würde, wo sich Käufer aus allen Erdteilen zusammenfinden, um unsere Erzeugnisse zu erwerben.

### Internationale Gewerkschafts-kongresse.

#### 18. Internationaler Tabakarbeiter-Kongreß.

Der Internationale Tabakarbeiterverband hielt in der Zeit vom 17. bis 20. August in Stockholm seinen 13. Kongreß ab, an dem 22 Delegierte aus 12 Ländern teilnahmen. Als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes war Genosse E. Johansen (Stockholm) anwesend.

Somit dem vom Sekretär Eichelsheim erstatteten Tätigkeitsbericht sind dem Internationalen Tabakarbeiter-Sekretariat zur Zeit 15 Organisationen in 14 Ländern mit insgesamt 122.031 Mitgliedern angeschlossen. Nach Genehmigung des Berichtes beschäftigte sich der Kongreß mit einem Antrag auf Verlängerung des auf dem letzten Internationalen Tabakarbeiter-Kongreß angenommenen Gegenseitigkeitsvertrages. Darnach hat ein angeschlossener Verband Recht auf Unterstützung durch die anderen Verbände, wenn 25 Prozent seiner Mitglieder ausgespart sind. Dieser Gegenseitigkeitsvertrag ist zum erstenmal während des jetzt in Norwegen herrschenden Streikkampfes in Kraft getreten. Der Vertreter des norwegischen Verbandes dankte dem Kongreß in diesem Zusammenhang herzlich für die erwiesene Solidarität. Es wurde einstimmig beschlossen, den Vertrag auf unbestimmte Zeit zu verlängern.

Auf Antrag des belgischen Verbandes nahm der Kongreß eine Entschließung an, wonach sich die angeschlossenen Organisationen in den Ländern, in denen Möglichkeiten hierfür gegeben sind, für die Einführung des Tabakmonopoles einsetzen sollen. Ein Vorschlag betreffend den Zusammenschluß der Tabakarbeiter-Internationalen mit dem Internationalen Berufssekretariat der Lebensmittelarbeiter — diese Frage hatte bereits auf dem letzten Kongreß zur Beratung gestanden — wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. In der Arbeitszeitfrage sprach der Kongreß seine Zustimmung zu der vom Internationalen Gewerkschaftsbund aufgestellten Forderung der 40-Stunden-Woche aus.

An Stelle des bisherigen Sekretärs Eichelsheim, der aus Altersgründen seinen Vorstoß im holländischen Tabakarbeiterverband wiedergelegt hat und auch seine Wiederwahl als internationaler Sekretär wünschte, wurde der Vorsitzende des deutschen Tabakarbeiterverbandes, Ferdinand Kaufmann, gewählt. Damit magt sich auch die Verlegung des Sitzes des Internationalen Sekretariates von Amsterdam nach Bremen notwendig. Der nächste Kongreß wurde für das Jahr 1934 in München anberaumt.

#### Gutarbeiter-Internationale.

Vom 24. bis 26. August hielt der Internationale Gutarbeiter-Verband in Kopenhagen

seinen 12. Kongreß ab, der von 8 Ländern besucht war. Der Internationale Gewerkschaftsbund war durch sein Vorstandsmitglied H. Jacobson vertreten.

Im Laufe seines Tätigkeitsberichtes schilderte der Sekretär Staub vor allem die Bestrebungen, die gemacht wurden, um die amerikanischen und spanischen Gutarbeiterverbände für die internationale Zusammenarbeit zu gewinnen. In einem organisatorischen Anschließ ist es allerdings noch nicht gelungen, doch sollen die Beziehungen zu diesen Organisationen weiterhin gefördert werden. In der anschließenden Debatte kam mit besonderem Nachdruck der allgemeine Wunsch zum Ausdruck, in den Ländern mit schwachen Gutarbeiterorganisationen eine kräftige Agitation der Internationale zu entfalten.

Der Kongreß beschäftigte sich sodann mit der bereits auf früheren Tagungen behandelten Frage des Zusammenschlusses der Gutarbeiter-Internationalen mit dem Internationalen Bekleidungsarbeiter-Verband. Die bisher zwischen den beiden Internationalen stattgefundenen Verhandlungen haben noch zu keinem bestimmten Ergebnis geführt. Der Kongreß kam zu der Ansicht, daß die Zeit für einen Zusammenschluß noch nicht reif sei. Zur Rationalisierungs- sowie zur Arbeitszeitfrage wurden Resolutionen gefaßt, die sich mit der Stellungnahme des Internationalen

### Ein Flußpferdpascha stirbt.

Tagberlebens aus dem afrikanischen Dschungel.

„Herr, du hast einen Fetisch, du hast Medikamente, und du kannst ihn töten, wenn du willst!“ Es war Rafasso, der diese Worte sprach, einer der wenigen aufrechten, ungläubigen Schwarzen in meiner Umgebung. Aber er konnte es gleichfalls nicht lassen, wie alle seine Stammesbrüder, zunächst in Rätseln zu sprechen, bis er genaue Auskunft gab, was wirklich geschehen sei.

Der Regier spricht mir eine Mitteilung auf den ersten Anblick klar heraus. Ist beispielsweise eine Frau gestorben, so kommt der Eingeborene und sagt kurz: „Mwaa, mwaa!“ — „Herr, die Frau!“ Wahrscheinlich wird man zunächst fragen: Welche Frau? Wenn nicht gerade noch eine Zwischenantwort kommt, wie etwa: „Herr, du kennst sie!“ oder „Die gestern bei dir war!“ — wobei nicht zu vergessen ist, daß „gestern“ ihm soviel wie vorgestern und alle vorausgegangenen Tage bedeutet, — so wird er vielleicht sagen: die in der und der Dörfer. „Was ist mit ihr?“ — „Sie ist gestorben!“ Gewohnheitsmäßig wirft der Regier aber noch Gegenfragen ein, was wieder weitere Fragen zur Folge hat. Er ist ein Meister in der Umgehung einer direkten Antwort.

So also sagte Rafasso: „... du kannst ihn töten, wenn du willst!“

„Ihm“ entpuppte sich nach dem üblichen Hin und Her als Bibandon, der böse Flußpferdbulle. Seit langem beunruhigte er die ganze Umgebung, obgleich er in den letzten Wochen ausgehoben war. Erst vor wenigen Tagen war ein Eingeborener gestorben mit der Meldung, der griechstämmige Fetisch sei im Anzug, der schon so manches Leid im Dorfe angerichtet hatte.

Obwohl er ein junger Dorfjunge von den weissenhaften Dauern und den grausamen Krummschwanzern zerissen worden. In einem Kamm war er mit seinem kleinen Rinde kaum vom Ufer abgehoben, als der grimme Kolof urplötzlich aus der Tiefe tauchte, sich mit halbem Leib aus dem Wasser häuhte und das leichte Boot mit seinem breiten Rücken mochtvoll in die Höhe schleuderte. Das Rind flog schädlos auf den Sand des Ufers, dem jungen Vater aber wurden beide Beine abgehaut und lautlos war er versunken in der stummen Flut, bis man ihn nach Tagen wieder fand.

„Herr, du hast einen Fetisch, du hast Medikamente.“

Mein Fetisch ist die Büchse, und die Medikamente rieden stark nach Pulver! Das alte Kanter wartete mit Ungeduld auf seine wichtige Mission. Ich nahm darum ein Dugend Dornen aus der Kratzkiste, rief die beherrschte Mannschaft, die mich auf solchen Fahrten stets begleitet, bestieg mein Boot und was zwei schwarze Hände hatte, paddelte fast lautlos meinen Kahn den Flußarm flint hinan.

In zwei Kilometer Entfernung liegt am Ufer, hart am Fluß, ein Negerdorf. Jenseits mündet wieder einer der zahlreichen Nebenarme, die von den Schwarzen sehr gefürchtet und gemieden sind. Zeit langem lenne ich alle lebendigen Wälder, Flußpferd, Elefant und Büffel lieben neben Alligator, Kautz und Gajelle seine stillen Wasser oder weidenden Ufer. Nur der alte Flußpferdbulle, der die Bibandon, wie ihn ein Jäger gelegentlich des Jagens tauchte, verirrte sich des öfteren in unmittelbare Nähe jenes Dorfes, gleichsam, als wollte er den Zugang zu dem Tummelplatz der Damen seines Patrons vor fremden, unberufenen Besuchern schützen. Wenn alles klappte, sollte er noch heute den Weg freigeben müssen.

Einige Buschjäger hatten sich in der Zwischenzeit an der Unglücksstelle eingeschunden. Schon den weitem deuteten ihre Gebärden mir den Rückzug des Fischhäutlers ins jenseitige Gewässer an. Trüben am Ufer lag der Kahn des Unglücklichen.

In gleichmäßigem Takt paddelten die Pajelen in den Nebenarm hinein. Schnelher stand ich in dem leise schwanfenden Boot. Nach kurzen Minuten schon bemerkte ich in unmittelbarer Nähe ein lebhaftes Bewegen der Schlingpflanzen, die hier und da den Fluß durchsetzen. Stoh! Hier muß der Riese auf dem Grunde liegen! Doppelte Vorsicht ist geboten!

Auf meinen stummen Wink hielten die Schwarzen das Rind an. Wir waren wohl achtzig Meter von dem Tiere entfernt. Der günstige Wind wech-

terte, es zu warnen, und der Fluß trieb uns langsam rückwärts in das Uferschiff hinein. Aus guter Deckung konnten wir nun alle Vorgänge genau betrachten.

Da sehe ich weit hinten in der Ferne plötzlich einen breiten Kopf auftauchen. Einen, — zwei, — drei, — vier...! Es sind die Rufe, die den geliebten Pascha juchend. Wogen brausen auf und Trompetenstöße durchzittern die glatte Tropenluft.

Schnell gebe ich die Anweisung, vorsichtig den Kahn zu drehen, sobald die Rufe an einer bestimmten Stelle etwa zweihundert Meter von unserem augenblicklichen Standort entfernt, angelangt seien, und verabrede mit der Besatzung ein entsprechendes Zeichen. Ein Wagnis wäre es gewesen, die Anlauf abzuwarten!

Die während sich der zum Plagen vollgestaffene Bulle in seiner wohligen Mittagsrast unterm Wasser wenig hören ließ, hoben sich auch schon, noch weit von ihm entfernt, die massigen Körper seiner Soldaten aus dem blauen Raß empur und strebten plump und unbeholfen einer großen Sandbank zu, die halbverdeckt hinterm Schilfe liegt. Wohlgründig warfen sie sich in den sonnenheigen Sand.

Minuten verstrichen. Es war völlig still geworden. Nur eine leichte Brise durchschallte das Schilfe. Jetzt war der Moment gekommen, wo wie uns wieder leise näher und näher am Ufer entlang dem Ruheplatz des alten Angetüms entgegenpaddeln konnten. Bei jeder auffälligen Bewegung der Schlingpflanzen wurde Halt gemacht. Und als wir dann bis zu einem Abstand von kaum fünfzig Metern an das Tier herangekommen waren, da jagen meine Schwarzen mit wohlgeübter Vorsicht das Boot lautlos an den starken Halmen der Papyrusstauden in den Schutz des Uferschiffes, nicht ohne vorher den Kahn zum späteren Rückzug langsam und ruhig zu wenden.

Wohl eine Stunde voller Spannung verstrich. Ich erinnerte mich, ohne meine Augen von der gefährlichen Stelle abzuwenden, aller grausamen Risse, die der altervergrämte Pascha in der letzten Zeit verübt. Schon einmal hatte ich versucht, dem Unhold ans Jageliste Leder zu geben. Damals war er mir bei einbrechender Dunkelheit entwischt! Heute schien die Aussicht günstiger!

Da! Während ich eben eine Kude von der Hand verschneiden will, bäumen sich die Flußgewässer auf und das ruhig dahinschießende Wasser beginnt in freudigen Bewegungen zu schaukeln. Richtig, da ragt auch schon der breite, anjornige Rücken aus dem Wellenspiegel vor. Mein Patronenträger weiß, was dieses Schauspiel hier bedeutet. Er hält sich, wie die ganze Mannschaft, jetzt erhöht alarmbereit.

Nach einmal laut der mollige Körper ins Wasser zurück — einmal, zweimal. Dann wird endlich auch der kopfige Schädel des Ungeheuers sichtbar, das Rind und zugemeldet. Vierter wäre mir das Gegenteil gewesen!

Gerade als der Alte den Rücken zum Brüllen lassend öffnen wollte, trachte der erste Schuß. Er sollte der einzige bleiben. Nur das drohende Echo des Knalles pflanzte seinen Widerhall in weite Ferne fort.

Geräuschlos, wie ein Pfeilkampfen, den man ins Wasser senkt, versank der Pascha in der Tiefe. In gleichen Augenblick paddelten meine Getreuen mit fiebernder Geschwindigkeit in der Richtung der Heimat zurück. Befehle konnte ich den Kerl kaum haben, doch der Tod mit einem einzigen Schuß ist unwahrscheinlich. Unbedingte Vorsicht ist am Plage. War der Bulle angeschossen und folgte er uns auf dem Grunde des leichten Wassers, so konnte unsere Lage sehr gefährlich werden. Unberühliche Erlebnisse dieser Art schossen mir durchs Hirn.

Mit Vorsicht glitt mein Boot den Fluß hinab. Erst als ich sah, daß sich das Wasser nirgends mehr mit sonderlichem Schlag bewegte, gebot ich Halt. Zeit nur im Hintergrunde dösten die trägen Rufe, durch den unheimlichen Schuß aus ihrer Tiefe aufgeschreckt, dumpfsinnig ins Raß zurück und tauchten ärgerlich weg.

Ihren Pascha aber fischten wir wenige Stunden später verendet auf und schleppten ihn in unser Lager ab. Die einzige Kugel war ihm zwischen den Rippenhöhlen hindurch in den Schädel gedrungen,

hatte, da ich aufrecht im Boote stehend von erhöhter Punkte schok, die Schiffe am üblicher Stelle durchschlagen, und der feine Rücken zeigte einen langen, verbrannten Streifen in der Haut.

Bibandon war nicht mehr... Franz Dertl.

### Gerichtssaal

#### Darf ich Zeugenhaft geben? Demokratisches aus Mitteleuropa.

Dieser Fall hat sich, nach Meldung des Abendblattes des „Právo Lidu“ in Pilsen ereignet. Ein Mann hatte in trunkenem Zustand eine Auseinandersetzung mit dem Schaffner der Straßenbahn. Dieser holte die Polizei und der Polizist erkaufte nach kurzem Wortwechsel den unglücklichen Passagier. Das geschah auf dem Hauptplatz von Pilsen. Der Erstgeborene war völlig unbewußt.

Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen den Polizisten. Er heißt Johann Hrbý und ist dem Range nach Inspektor. Die Mehrzahl der Zeugen „wachte nichts davon“, wie es zu dem tödlichen Stich gekommen war, obwohl sie vier bis fünf Schritte von der Stelle entfernt waren. Und ein einziger Zeuge — und das sagt wohl genug —, der zu Gunsten des obrigkeitlich Abgesprochenen ansagte, erkundigte sich vorher bei seinem Vorgesetzten, ob er Zeugenhaft ablegen dürfe. Der Herr Inspektor wurde freigesprochen.

#### Schutzgeld und Grammatik

oder: Die kostgesehrliche Eingabe.

Prag, 9. September. Wir haben dieses „Befehles zum Schutze der Republik“ schon vielfach gedacht, haben im Zusammenhang mit dem Stávkraus-Standal den eigentlichen Zweck dieses gesetzgeberischen Meisterstückes ins rechte Licht gesetzt und auch die Gerichtssozialkritik bringt immer wieder Illustrationen zu diesem Thema. Hier die allerneueste, die heute vor dem Senat des OGH. Reddád in Szene ging.

Herr Eduard Kessel, ein vermöglicher Privatier, hatte seinerzeit einer bekannten Dame zur Eröffnung einer Bar bedeutende Geldmittel vorgestreckt. Das Geschäft kam jedoch in Konkurs, das Geld war größtenteils verloren — es kam zu Ehrenbeleidigungs- und sonstigen Klagen und Herr Kessel, der selbst Jurist studiert hatte, überreichte gegen eine mißliebige Entscheidung Rekurs und Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens. In den Ausführungen dieses Schriftsatzes erblühte indessen die Staatsanwaltschaft den Tatbestand nach § 14 und 15 des Schutzesetzes („Arbeits-Verunglimpfung der Republik und ihrer Institutionen“) und außerdem beleidigende Ausfälle gegen richterliche Funktionäre.

Der Prozeß gipfelte in einer stilistisch-grammatikalischen Analyse der beanstandeten Sätze. Der onstohige Passus lautet nach der Anklage dahin, daß dieser Staat ein „sehr merkwürdiger und höchst sonderbarer geordneter Rechtsstaat“ sei, wenn derartige Dinge vorkämen. Demgegenüber wendet der Angeklagte ein, der Satz laute richtig: „Ein sehr merkwürdig und höchst sonderbar geordneter Rechtsstaat.“ Der Unterschied ist klar. Im ersteren Fall wäre es eine direkte Anzweiflung der Qualität unserer Republik als Rechtsstaat. Er habe aber die Worte nicht adjectivisch gebraucht, sondern adverbial. Es handle sich nur um eine Kritik der Art dieser Ordnung, nicht um eine höhnische Anpreisung des geordneten Zustandes überhaupt. Eine solche Kritik aber könne einem beschwerdeführenden Staatsbürger nicht verwehrt werden. Sehr geschickt berief sich der Angeklagte in den weiteren Anklagepunkten darauf, daß sich keine Anschuldigungen gegen „unbekannte Täter“ richteten, wie die Anklagebehörde selbst anerkenne, also staatliche Amtorgane sich durch diesen allgemeinen Ausdruck nicht getroffen fühlen könnten.

Das Gericht schloß sich dieser Anschauung an und sprach den Angeklagten frei.

#### Der Bigamist.

Prag, 9. September. Es ist nicht leicht, in solchen Dingen Stellung zu nehmen und abzuurteilen. Es sind lässliche Leute, aufgezogen in „Der Furcht Gottes“ und aller seiner angeblichen Gebote, die ja doch so selten in diesen Zeiten Wurzeln lassen. Ein Kaufherr, der sich eine kleine Wirtschaft erheiratet hat, wird eines Tages durch unwillkommenen Besuch aufgeschreckt. Eine barsche, verhungert aussehende Frau mit zwei kleinen Kindern an der Hand kommt zu ihm. „So, Vater, hier sind meine Kinder!“ Und nach vielem Schimpfen, Weinen und Armesamt jagt, daß der Wirtschaftsbefitzer, der inzwischen mit der neuen Frau zwei weitere Kinder gezeugt hatte, vor Jahren verheiratet war. Dafür gibt's freilich Paragraphen.

Der Angeklagte erklärte, er und seine erste Frau hätten seinerzeit auseinandergehen wollen, aber die Sache sei irgendwie eingeklappt. Jedenfalls sah er sich frei und griff zu, als sich ihm die Gelegenheit bot, die mollige Witwe mit dem kleinen Gut heimzuführen. Er kann wohl beweisen nicht recht einsehen, warum das ein Verbrechen sein soll. Geben nicht alljährlich Ehen auseinander, leben nicht zahllose Leute wie Ehegatten und trennen sich wieder, wenn das Zusammenleben nicht gerät? Also was für Ausfälle wegen solcher Kleinigkeit?

Er hatte keine Rechnung ohne den Paragraphen gemacht. Drei Monate Reker, unbedingt beim Verlassen des Saales stopfen ihm beide Gattinnen die Taschen voll Lederbissen. rh.

### Prager Gemeindevahlen.

Die Liste der deutschen Sozialdemokraten.

Die Plenarversammlung der deutschen sozialdemokratischen Bezirksorganisation, Prag, hat für die Gemeindevahlen einstimmig folgende Kandidatenliste aufgestellt:

- Dr. Emil Strauß, Redakteur und Mitglied der Landesvertretung.
- Dr. Egon Schwelb, Advokat.
- Richard Schönfelder, Privatbeamter.
- Maria Deutsch, Mitglied der Landesvertretung.
- Franz Rehyba, Bankbeamter.
- Anton Siegl, Korrektor.
- Gisela Paul, Privatre.
- Edwin Janetschek, Inspektor der tsch. Staatsbahnen.
- Julius Grundmann, Reisender.
- Dr. Josef Vatter, Professor.
- Josef Gregorich, Souffleur beim Deutschen Theater.
- Julie Hadenberg, Privatre.
- Dr. Emil Franzel, Redakteur.
- Ernst Strnad, Angestellter.
- Erna Neuwirth, Mittelschulprofessorin.
- Franz Brandl, Musiker.
- Wihelm Megger, Schriftföher.
- Rudolf Baier, Galeroekasse.
- Alfred Pitterling, Postbeamte.
- August Dorschner, Revisionsbeamte der Zentral-Sozialversicherungsanstalt.
- Baul Weber, Postbeamte.
- Emil Glaser, Kaufmann.
- Heinrich Berner, Buchdrucker.
- Fritz Kuch, Angestellter.
- Fritz Mittenhuber, Angestellter.

### Kunst und Wissen

#### Prager deutsch-bürgerliche Journalistik.

Eine „kritische“ Angelegenheit.

Vor einem Jahre wurde in Prag eine Vereinigung der Kritiker an den deutschen Tagblättern der Hauptstadt gegründet; unter Teilnahme auch dreier Vertreter anderer Blätter, die das Kritikeramt ausüben, weil trotz der Verschiedenheit der Weltanschauungen oder der Parteizugehörigkeit gemeinsame Interessen der Kritik besonders auf Prager Boden bestehen und weil uns vor allem das Prager Deutsche Theater gerade in diesen Jahren erhöhte positive Arbeit auch durch Zusammenfassung gleichgerichteter Meinungen in der Tagespresse zu bedürfen schien. Der kleine Verband hätte unseres Erachtens Erstaunliches leisten können und auch geleistet, wenn nicht mehr oder weniger erklärliche Rücksichtnahmen die Geschäftsführung passiv und beim ersten beachtlichen Vorkommnis, weich und heimsüchelig hätten erscheinen lassen. Dies ist, unter Hinweis auf ein paar Tatsachen, deshalb hier festgestellt, weil es dazu beitragen kann, die ungemein schwer zu durchleuchtenden und noch schwerer zu vereinigenden Zustände in der Prager deutschen Presse ein wenig aufzuhellen, fernest deswegen, weil wir Sozialdemokraten auf keinen Tisch setzen und nicht zuletzt deshalb, weil wir es als unsere Pflicht erachten, aufzuzeigen, warum und durch wen jedes gemeinsame Arbeiten der Presse im Interesse der Erhaltung, des Fortbestandes und der Fortentwicklung der Prager deutschen Kunst, insbesondere des Theaters, vorderhand scheitern mußte. Die anzuhaltenden Facta sind geringfügig — man möchte fast sagen: größere Ursachen, kleinere Wirkungen.

Jenes beachtliche Vorkommnis, das oben allgemein gestreift wurde und mit seinen Folgen hier kurz erzählt werden muß, trat ein, als das „Prager Tagblatt“ — wir haben uns jederzeit damit befaßt — sich an der Vereinbarung zwischen dem Theaterverein und den Journalisten, ein Kommuniqué über eine gemeinsame Sitzung ohne Kommentar zu veröffentlichen, nicht gebunden erachtete und als einziges Tagblatt das Kommuniqué mit Fußnoten versah, notabene auch mit solchen, die tatsächlich in der vertraulichen Sitzung Verhandelt worden und kommentierten. Auf unser Betreiben trat damals eine Sitzung der Kritiker zusammen, die nach Anhörung der Vertreter des „Prager Tagblatt“, seines Hauptredakteurs Herrn Dr. Max Brod und des Herrn Prof. Dr. Erich Seeinhardt, die Angelegenheit so erledigte, daß der gesamten Prager deutschen Tagespresse ein kurzer, von allen Teilnehmern der Sitzung schließlich genehmigter Schriftsatz vertraulich mitgeteilt wurde, das sowohl die kritische Stellung der Organisation zu dem Verhalten des „Prager Tagblatt“ als auch den Redigierungsverlauf der „Tagblatt“-Vertreter und schließlich die Aufforderung enthielt, dafür zu sorgen, daß künftighin Ähnliches nicht mehr passiere. Und nun: nachdem so das „Prager Tagblatt“ und seine Vertreter mehr als pünktlich davon gekommen waren, meldeten am nächsten Tage die beiden genannten Herren ihren Austritt aus der Organisation.

Dieses Vorgehen, dessen Beurteilung wir jedermann überlassen, rief natürlich erheblichen Unwillen bei einem Teil der übrigen Vereinsmitglieder — auch bei dessen Geschäftsführer Herrn Leo Schleichner, Redakteur der „Bohemia“ — hervor. Dennoch sah sich die Geschäftsführung nicht veranlaßt, die in diesem Falle doch notwendige Plenarversammlung einzuberufen. Und als der Druck auf die Geschäfts-

föhrung und den Vorsitzenden, Herrn Dr. Pöpper (gleichfalls „Bohemia“), noch stärker wurde, raffte man sich endlich und lediglich zur Einberufung einer Ausschuß-Sitzung auf. Das dort beschlossene Kommuniqué — wir zitierten es weiter unten — wurde aber nicht etwa sofort veröffentlicht, sondern wurde, trotz wiederholter Urgenzen, erst ungefähr drei Wochen nach der Sitzung ausgegeben, und zwar am 2. Juli, nach Schluß der Theaterferien, also zu einer Zeit, da selbstverständlich alle Interessen am Theater und an der Kritik unterbrochen sind. Weil die Absicht dieser Verschleppung so deutlich war und weil es notwendig ist, daß die Öffentlichkeit Gelegenheit hat, die Dinge kennen zu lernen, vergraben wir die Veröffentlichung auf den Beginn des neuen Spielzeit.

Erwähnenswert ist noch, daß die „Bohemia“ das Kommuniqué zwar sofort brachte, aber unter den Vereinskritikern, während es natürlich in die Theatertribüne gehört hätte, und daß das „Prager Tagblatt“ das Kommuniqué nicht veröffentlichte, daß dagegen aber die Blätter, in denen es erschienen war, eine dem Prolegeseh nicht entsprechende Berichtigung zu bringen sich bemühten, die auch in der „Bohemia“ ungenügend abgedruckt wurde.

Hier der Wortlaut jenes Kommuniqués: Die Vereinigung der Prager deutschen Theater- und Musikreferenten teilt mit: Im Anschluß an eine am 20. Mai vom Deutschen Theaterverein in Prag veranstaltete Pressekonferenz ist ein Konflikt zwischen den Vertretern des „Prager Tagblatt“ einerseits und den Vertretern der übrigen Prager Zeitungen andererseits entstanden, weil das „Prager Tagblatt“ abweichend von einer Vereinbarung Veröffentlichungen hinsichtlich der Direktionsfrage am Prager deutschen Theater vorgenommen hat. In einer Ausschuß-Sitzung der Kritiker-Vereinigung wurde der Vorfall durch eine gemeinschaftlich formulierte Erklärung lobal beigelegt. Der Schlußsatz dieser Erklärung sprach die Erwartung aus, daß die Redaktion des „Prager Tagblatt“ in Einklang mit den übrigen Redaktionen in allen Vereinbarungsfällen konform vorgehen werde, da sonst ein kollegiales Zusammenwirken unmöglich gemacht würde. Unmittelbar nach Beendigung der Ausschuß-Sitzung haben jedoch die beiden Vertreter des „Prager Tagblatt“ schriftlich ihren Austritt aus der Vereinigung angemeldet, und zwar mit der Begründung, daß sie unerlässliche Kollisionsfälle zwischen der Vereinszugehörigkeit und ihrer redaktionellen Pflicht für nicht ausgeglichen halten.

Unser Redaktion erhielt dieses Kommuniqué mit einem vom Vorsitzenden und Geschäftsführer geschickten Begleitschreiben, in dem der „Amingende Schluß“ „zugelassen“ wird, daß die Redaktion des „Prager Tagblatt“ in Vereinbarungsfällen mit den übrigen Redaktionen keineswegs konform vorgehen gedenkt und somit auf ein kollegiales Zusammenwirken keinen Wert legt. Wir überlassen es Ihnen, an die Veröffentlichung unserer Mitteilung die Ihnen postumäßig erscheinenden Bemerkungen zu knüpfen.

Nun, einiges Zwedmäßige glauben wir oben schon gesagt zu haben und fügen hinzu: Der Geschäftsführer und „Bohemia“-Redakteur Herr Schleichner wollte oder konnte augenscheinlich im eigenen Blatt seinen „zwingenden Schluß“ nicht mitteilen, er überließ es tatsächlich anderen, den Fall näher zu beleuchten. Und aus allen diesen Gründen erschien es unteren Genossen zweckmäßig, aus dieser Organisation auszutreten. Denn: Wir fühlen, daß die „Bohemia“ und ihre Leute trotz „zwingender Schlüsse“ anfänglich darauf bedacht sind, dem „Prager Tagblatt“ und seinen Kritikern, unter demnlich auch Herr Dr. Max Brod besonders auszeichnet, nicht weche zu tun; wir fühlen, daß stärker als alle Enttäufung über das „Prager Tagblatt“, wie sie auch von den „Bohemia“-Lesern geteilt wird, stärker als alle Aufgaben, die ihnen in der Kritiker-Vereinigung mit gestellt waren, stärker als alles Verlangen, durch möglichst gedehntes Arbeiten in solch einer Organisation im Interesse der Prager deutschen Kunst zu wirken — daß härter als all dies die Heden sind, die „Prager Tagblatt“ und „Bohemia“ miteinander verknüpfen; daß aber auch härter sind all die Rücksichtnahmen, die ein Stück Weilen der „führenden“ deutschen Blätter Prags ausmachen. Wir können und müssen dies hier so formulieren, weil wir den Eindruck gewonnen haben, daß mit der übrigen Prager deutschen Tagespresse, so sehr diese ebenfalls auch durch Klüfte der Weltanschauungen von uns getrennt ist, gerade ein reichliches Zusammenarbeiten in Angelegenheiten der Kunst sehr wohl möglich wäre. Beim „Prager Tagblatt“ aber hat man an deren Begriffe von Anständigkeit, von persönlichen journalistischen Methoden, vom Unterschied zwischen Öffentlichkeit und Geschäft-Interesse. Und die „Bohemia“, so scheint es uns, obgleich sie das Konkurrenzunternehmen und obwohl man dort doch ein wenig an anderem Holz geschmitten ist, sieht sich genötigt, dadurch vom „gleichen Rang“ zu bleiben, daß sie auf daß es ihr nicht wech tut, mit dem „Prager Tagblatt“ um jeden Preis Zwangfrieden hält.

Es ist das Schicksal der bürgerlichen Journalistik, daß sie, je größer das Unternehmen ist, dem sie dient, und je verwachsener, nur allgemeinen kapitalistisch, dessen Einstellung ist, umso mehr entpersönlicht, umso abhängiger wird vom Verlog, seinem Geschäft, seinen Beziehungen und seinen geldlichen und gesellschaftlichen Aspirationen. Diese Maschine des Presskapitalismus, ausgestattet mit einer großen Macht, Menschen und Dinge zu beeinflussen, nimmt natürlich auch die Interessen der Kunst nur soweit und nur solange wahr, als sie

nicht mit den wirtschaftlichen und politischen Interessen des Kapitals und mit den persönlichen Interessen der führenden Männer dieser Presse kollidieren. Kampf- und sieglose Abhängigkeit der Journalisten macht sich, bewußt oder unbewußt, mit-schuldig.

### Max Brod und Max Fallenberg.

Herr Dr. Max Brod erlaubt uns im Veröffentlichung folgender Erklärung:

Fallenberg hält die zwischen Direktor Beer und mir getroffene Vereinbarung nicht ein, er spielt den Schwelb nicht in der autorisierten Fassung von Brod und Reimann, sondern spricht viel-sach Dinge, für die ich künstlerisch nicht einstehen kann, sogar solche, die ich ausdrücklich als unmöglich und der Gestalt des Schwelb widersprechend bezeichnet habe, und er läßt anderes aus, was mir besonders wichtig und für die ganze Tendenz des Schwelb charakteristisch erscheint. Im Vertrauen auf lokale Vertrauenshaltung und aus sozialer Solidarität mit diesen Schauspielern und Theaterangehörigen, die bei dem fortgeschrittenen Stand der Vorbereitungen durch ein Verbot schwer geschädigt worden wären, habe ich die Aufführung gestattet, erkläre nun aber öffentlich zum Zeichen meines Protestes und um zu deklarieren, wie ein Schauspieler das unabweisbare Recht eines Autors mit Füßen tritt: daß ich für meine Person die gesamten mir aus den verhandelten Prager Aufführungen zustehenden Entlohnungen nicht annehmen, sondern den Arbeitslosen in Prag und Kothau zustehen lassen werde. Die technische Durchführung dieser Maßnahme übernimmt mein Rechtsanwalt.

Prag, 9. September 1931.

Max Brod.

Unseres Erachtens — ich darf hier in Uebereinstimmung mit der übrigen Redaktion sprechen — hat Max Brod durch die Tatsache und den Inhalt dieser Erklärung sich einen anständigen Abgang in einer Angelegenheit geschaffen, die für ihn durch die totale Unwirksamkeit eines doch sehr lauten Protestes peinlich verließ. Wie weit allerdings Brod's feinergehaltiger Protest literarisch zu rechtfertigen war, läßt sich auch heute nicht feststellen, da die Unerrechbarkeit des Manuskripts ein faires Urteil darüber nicht zuläßt, ob und wie sehr die von Fallenberg hinzugefügten oder weggelassenen Dinge auch nach objektiver Meinung die Tendenz des Schwelb zu Ungunsten seiner Gestaltung durch die Bearbeiter veränderten. Jedenfalls scheint uns nach wie vor jener von Fallenberg eingefügte Satz, auf den sich Max Brod zur Erklärung seines Protestes beispielhaft stützen wollte, nicht im mindesten seine Auffassung und den richtigen Protest zu rechtfertigen. Aber wenn schon Fallenberg aus einer ähnlichen Meinung, wie wir sie uns nach dem einen von Brod zitierten Fallenberg'schen Satz bilden mußten, den Protest eines der Autoren allgemein für unrichtig und unannehmlich hielt, so hätte nun demnach er, der ja jetzt so viel überflüssig und nicht sehr gewinnend redet, schreibt und von sich reden macht, das Wort zu ergreifen und sich zu Brod's Vorwurf wegen des Bruchs einer Vereinbarung zwischen Brod und Beer zu äußern.

Was uns anlangt, dürfen wir wohl annehmen, daß unsere Kritik der Angelegenheit zumindest mit-geholfen hat. Herrn Dr. Max Brod, wenn auch etwas spät, zu einer Erklärung zu veranlassen. Und es freut uns aufrichtig, daß die Wirkung den Arbeitslosen von Prag und Kothau zugute kommen soll.

L. G.

**Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters.**  
 Donnerstag, 7.30 Uhr, Gasspiel Werbezirk: „Käsele Rosenrot“ — Freitag, 7.30 Uhr: „Entführung aus dem Serail“ (226-11).  
 Samstag, 7.30 Uhr: Gasspiel Werbezirk: „Käsele Rosenrot“ — Sonntag, 7.30 Uhr: „Der Brau“ (227-11) — Montag, 7.30 Uhr: Gasspiel Werbezirk: „Käsele Rosenrot“.

**Wochenplan der Kleinen Bühne.** Donnerstag, 7.30 Uhr: „Antimitäten“ — Freitag, 7.30 Uhr: Gasspiel Gisela Werbezirk: „Käsele Rosenrot“ — Samstag, 7.30 Uhr: Premiere: „Kina“ — Sonntag, 7.30 Uhr: Gasspiel Werbezirk: „Käsele Rosenrot“ — Montag, halb 8 Uhr: „Kina“.

### Sport • Spiel • Körperpflege

#### Schlufkampf um die Fußballmeisterschaft des 3. Kreises.

Kleitscha und Krodwig im Endspiel.

Am Sonntag, den 13. September, findet die diesjährige Meisterschaft anderer Fußballer im 3. Kreis durch das Schlufspiel um die Kreismeisterschaft der Herbstturnendstager Kleitscha und Krodwig ihr Ende.

Krodwig ist in diesen Spielen seit ungefähr 10 Jahren zu finden und beachte es im Jahre 1929 als Kreismeister auch bis zum Bundesmeister. Kleitscha hingegen blieb der Weg in die Entscheidung immer verlegt, trotzdem gerade Kleitscha einer der ältesten Fußballvereine des Bundes ist. Diese Mannschaft bringt besser für die Entscheidungslämpfe den so notwendigen Kampfsinn und auch ein vorzügliches Spielsystem mit und geht wohlgerüstet zum Kampf. Aber auch Krodwig, unter einer Meister, dient die im Vorjahre gezeigten Schwächen überwinden zu haben, was eindrucksvolle Siege im In- und Auslande bezugen. Beide Mannschaften konnten in den Zwischenrunden spielen ihre Gegner

### Sozialistische Jugend Prag.

#### Genossen! Sinein in die Staffeln!

Nächste Zusammenkunft: Freitag, am 7. Uhr. D.J.-Platz hinter der Oper. Bei jeder Witterung. Agitiert!

einwandfrei und auch verdient hoch schlagen, so daß dieses Spiel sehr wahrscheinlich zum Stadmeister der Spielstärke des 3. Kreises werden wird.

Wenn wir uns verlesen lassen, schon jetzt einer Mannschaft Siegerehren zuzusprechen, trotzdem dies bekanntlich im Fußball eine oftmals schwierige Sache ist, so geben wir unsere Stimme für Krodwig ab. Dies aber nur, weil Krodwig gegenüber Kleitscha mehr Spielerfahrung voraus hat. Bringend die Krodwiger Stürmer jedoch vor dem Tore wiederum nicht die so notwendige Entschlußkraft auf, dann kann sehr leicht der neue Kreismeister auch Kleitscha heißen. Jedenfalls erwarten wird, daß der höchste Titel im Kreise dem Arbeiter-sport würdig erkämpft wird.

Das Spiel, das unter den Arbeiterjugendinteressen schon jetzt große Spannung hervorruft, geht am Sportplatz des Arbeiter-Turnvereines in Preditz vor sich. Anfang 10 Uhr vormittags.

**Neue Regeln im Arbeiter-Schwimm-sport.** Der Internationale Ausschuß für Wassersport beabsichtigt, die Wettkampfregelein für Schwimmer und Rudern vom Grund aus zu ändern. Bei der Olympiade hat es sich nämlich gezeigt, daß vielen Regeln Schwächen anhaften, andre wieder verschiedenartig ausgelegt werden können. Die nächste in Prag stattfindende Sitzung der Techniker soll nur die Mängel beseitigen und neue Regeln beschließen.

### Aus der Partei

#### Jugendbewegung.

Z. J. Z. (Soz. Jugend-Zentral) Prag. Heute, am 7. Uhr am D.J.-Platz hinter der Oper Zusammenkunft. Es ist sich um die Gemeindevahlen und die damit verbundenen Arbeiten handelt, ist es Pflicht aller männlichen Mitglieder der Prager Z. J. Gruppen, bestimmt zu erscheinen. Auskünfte in den Gruppenveranstaltungen der Z. J. bei der Staffelleitung.

### Der Film

Film. — Neues Freigabe des Spionage-Filmes „Im Geheimdienst“. Dieser Tage wurde von der Prager Filmgenossenschaft ein Spionagefilm „Im Geheimdienst“ mit Brigitte Helm, Willy Frisch, Oskar Homolka und Theodor Loos zur öffentlichen Vorführung freigegeben. Der Film, dessen Regie Gafias Uelchy geführt hat, wurde der Zeitler allerdings nicht in seiner Originalform, sondern bereits mit einigen Schritten vorgelegt. — Ein Kinderfilm. Unter der Regie von Gerhard Lamprecht wurden nach dem Roman „Emil und die Detektive“ von Erich Kästner die Aufnahmen zu dem gleichnamigen Tonfilm beendet, dessen Titelrolle von dem zwölfjährigen Kosi Wenzhaus gespielt wird, den man für diese Rolle unter 1000 Berliner Jungen ausgewählt hat. In den Rollen der Erwachsenen sind Käthe Haack, Fritz Kaly, Liza Engl und Rudolf Dieckhoff beschäftigt.

„Der junge Karl.“ Nach dem bekannten und erfolgreichen Schauspiel von Kostand hat der Regisseur Turjanffy die Geschichte von Napoleons Sohn, Franz Joseph von Reichstadt, einen deutschen Tonfilm gedreht: seine Spitzenleistung, aber saubere Theaterarbeit, die hier sogar spannend wirkt. Leider wurde auf die Tränenlächer des Publikums viel zu viel Rücksicht genommen, die Nährkisten beim Tod des „Jungen Karl“ würde man im Interesse der Sache gerne missen. Napoleons Sohn lebt am Kaiserhof in Wien und soll als Habsburger leben; er kämpft gegen die Heflein, die Mütterlichkeit um ihn schlägt, ist aber doch nur ein schon degenerierter Schwächling, der nicht mehr die Kraft findet, das vermeintliche Erbe seines Vaters anzutreten, und stirbt also ruhmlos und verächtlich an Schwindsucht. Das ist natürlich vor allem ein Gegenstand, der fürs Sprechschiff taugt, es ist ein mehr psychologisches Problem des Menschen in äußerer Heflein, des jungen Mannes, der Historie und nicht Liebhaberei leben will, der aber aus seinem Willen, aus den Fanden seines Gluts nicht hinaus kann. Der Film zeigt nur andeutungsweise die wahren Gründe dieser Tragik, nur die Spigen der Handlung und schwelgt im übrigen im Prachtmilieu von Schönbrunn, wo es auch einen Ball zu sehen gibt. Das Tempo fehlt; wenn man am Theater vom ersten Austritt des jungen Karl gepackt wird, dann trägt dazu auch der persönliche Eindruck des Schauspielers bei, der im Film nicht möglich ist. Soweit darum Turjanffy durch Dialoge wirken will, kann man nicht warm werden; padend ist aber die Siffon des Prinzen am Rebel erfüllten Schlachtfeld von Wagram, da er die anklagenden Waffen der Gefallenen zu sehen meint und plötzlich durch seine eigene Kompanie zur Wirklichkeit gerufen wird. Schade, daß die Tonfilmregisseure so selten die Zuverlässigkeit des Films auszusprechen verstehen. Die Mitwirkenden sind im allgemeinen gut ausgewählt, nur dürfte der alte Metternich doch etwas weniger an Bierwürfel erinnert haben.

R. G.

Verleger: E. G. L. — Redaktion: E. G. L. — Druck: E. G. L. — Vertrieb: E. G. L. — Preis: 10. —